



www.drb-nrw.de

32. Jahrgang Juni 2011

RICHTER UND STAATSANWALT IN NRW

– RiStA –

BUND DER RICHTER UND STAATSANWÄLTE  
IN NORDRHEIN-WESTFALEN

BERICHTE / INFORMATIONEN / NEUIGKEITEN

AUSGABE

3



2. Amtsrichtertag  
des DRB-NRW in Mülheim

**Wir bleiben dran**

## **Politik in Verzug Seit Jahren gefordert Noch immer ignoriert**

- 1) 500 neue Richterstellen und 200 neue Staatsanwaltsstellen
- 2) Amtangemessene Besoldung
- 3) Rücknahme der Beihilfekürzungen
- 4) Rücknahme der Weihnachts- und Urlaubsgeldkürzung
- 5) Verbesserte Sachmittel- und IT-Ausstattung
- 6) Ausweitung der Mitbestimmung in einem neuen LRiStAG
- 7) Leistungsfähiger Service-Bereich
- 8) Selbstverwaltung der Justiz

## **Impressum**

### **Herausgeber:**

Der Vorstand des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW,  
Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes  
Martin-Luther-Straße 11, 59065 Hamm, Tel. (02381) 29814; Fax (02381) 22568  
E-Mail: [info@drb-nrw.de](mailto:info@drb-nrw.de), Internet: [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)

### **Redaktion:**

Wolfgang Fey (RAG a.D.) (verantwortlich); Dr. Einhard Franke (DAG);  
Jürgen Hagmann (RAG a.D.); Stephanie Kerkerling (StAin);  
Harald Kloos (RAG); Simone Lersch (StAin); Lars Mückner (RAG);  
Nadine Rheker (RinAG); Antonietta Rubino (Rin); Klaus Rupprecht (RAG a.D.).  
E-Mail: [rsta@drb-nrw.de](mailto:rsta@drb-nrw.de)

Verlag: Neusser Druckerei und Verlag GmbH, Moselstraße 14, 41464 Neuss  
E-Mail: [richterundstaatsanwalt@ndv.de](mailto:richterundstaatsanwalt@ndv.de)

Anzeigen: Iris Domann, Tel: 0 21 31/404-232; Fax: 0 21 31/404-424;  
E-Mail: [iris.domann@ndv.de](mailto:iris.domann@ndv.de)

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 23 vom 01. Januar 2011

Vertrieb: Tel: 0 21 31/404-560; Fax: 0 21 31/404-561;

E-Mail: [leserservice@ndv.de](mailto:leserservice@ndv.de)

Herstellung: L. N. Schaffrath Druck Medien GmbH & Co. KG

Marktweg 42-50, 47608 Geldern, [www.schaffrath.de](http://www.schaffrath.de)

### **Bezugsbedingungen:**

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezugspreis für Nichtmitglieder jährlich 20,- € plus Versandkosten.

Konto des Landesverbandes NW des Deutschen Richterbundes:  
Sparkasse Hamm (BLZ 41050095), Konto-Nr. 70227 – auch für Beitragszahlungen

### **Zuschriften erbeten an:**

Geschäftsstelle des Landesverbandes, Martin-Luther-Str. 11, 59065 Hamm,  
oder Wolfgang Fey, Becher Str. 65, 40476 Düsseldorf.

**Die Formulierungen „Richter“ und „Staatsanwalt“ bezeichnen in RiStA geschlechtsunabhängig den Beruf.**

**Namentlich gekennzeichnete Berichte entsprechen nicht immer der Meinung der Redaktion.**

**Titelbild: Collage von RinAG Inken Arps, Ratingen**

## **INHALT**

<i>editorial</i>	3
------------------	---

### *drb intern*

Aus der Vorstandsarbeit	4
Presseerklärungen	4, 18

### *aktion*

2. Amtsrichtertag in Mülheim	9
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden	9
Grußwort des Justizministers	10
Berichte aus drei Workshops	12

### *drb bund*

Bericht von der Bundesvorstandssitzung	5
--	---

### *beruf aktuell*

Richterräte-Treffen 2011	6
Bericht von der Besoldungskommission	6
Wann gibt es Sonderurlaub	23

### *recht heute*

Geldwäsche-Tagung	8
BVerfG zum Ehegatten-Unterhalt	20
Zur Neuregelung der Untersuchungshaft	20

### *drb vor ort*

Bezirksgruppe Bielefeld in Berlin	19
-----------------------------------	----

### *glosse*

Arbeitsplatz 2015	16
-------------------	----

### *Impressum*

2

**RiStA braucht Leserbriefe**  
[rsta@drb-nrw.de](mailto:rsta@drb-nrw.de)



## 2. Amtsrichtertag – das Forum lebt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 11. 5. 2011 fand in der Stadthalle Mülheim an der Ruhr der 2. Amtsrichtertag des DRB-NRW statt.

Das Fazit vorangestellt: der Amtsrichtertag war wieder in vieler Hinsicht ein großer Erfolg!

Zunächst: es ist nicht selbstverständlich, dass sich über 70 Richterinnen und Richter von Amtsgerichten aus ganz Nordrhein-Westfalen einen Tag lang treffen, um sich über aktuelle Themen auszutauschen und miteinander zu arbeiten. Es ist weiterhin nicht selbstverständlich, dass ein solcher Tag vom Justizminister des Landes mit einem engagierten Grußwort eröffnet wird, das von den Anwesenden positiv aufgenommen und mit durchaus herzlichem Applaus bedacht wird.

Der Amtsrichtertag soll nach der Auffassung der Amtsrichterkommission ein Forum nach antikem Vorbild sein. Es soll einen Raum für juristische und politische Diskussionen bieten. Von diesem Angebot haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer reichlich Gebrauch gemacht. Sie haben in den Workshops die Themen Wissenstransfer, Eildienst und Richterassistenz intensiv diskutiert und inhaltlich gefördert. Die Veranstaltung zeigt, dass das Forum lebendig ist.

Es ist gerade in der heutigen Zeit der zunehmenden Arbeitsverdichtung wichtig, dass sich die klassischen Einzelrichter an den Amtsgerichten über die Gerichtsgrenzen hinaus zum Erfahrungsaustausch zusammensetzen. Dies ist ein guter – wenn nicht sogar der einzig gangbare – Weg, um inhaltliche Diskussionen zu führen und Konzepte zu entwickeln.

So zeigt sich, dass z. B. das Thema Wissenstransfer angesichts der durch die Pensionierungswellen verlorengehenden richterlichen Erfahrung einhellig für immens wichtig gehalten wird. Dabei sind die regional vorhandenen Konzepte, auf den Bedarf zu reagieren, sehr unterschiedlich. Klar wurde beim Erfahrungsaustausch auch, dass die vereinzelt örtlichen Projekte meist auf dem Engagement einzelner Kolleginnen und Kollegen beruhen. Eine klare und einheitliche Struktur zur

systematischen Weitergabe des unerlässlichen Handlungswissens von Generation zu Generation fehlt bis heute ebenso wie die Bereitschaft von Seiten der Politik, in ausreichendem Umfang Ressourcen für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung zu stellen.

Auch die Diskussionen in den Workshops Eildienst und Richterassistenz ließen sehr deutlich werden, dass die Richterschaft selbst zu diesen Themen Position beziehen muss. Der Prozess der Meinungsbildung braucht jedoch – wie schon gesagt – den gegenseitigen Austausch. Dies ist eine unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass wir im Rahmen des best practice von den Besten lernen können.

Es ist nun Aufgabe vor allen Dingen des Landesverbandes und seiner Amtsrichterkommission, die inhaltlichen Impulse des Amtsrichtertages weiterzutragen. Die Positionen der Amtsrichter müssen auch im politischen Raum und in den Besprechungen mit der Justizverwaltung thematisiert werden.

An dieser Stelle möchte ich positiv hervorheben, dass sowohl von Seiten der Politik als auch der Justizverwaltung ein sichtbares Interesse an den Diskussionen des Amtsrichtertages besteht. Dieses Interesse hat sich durch eine Vielzahl von Ehrengästen aus diesen Bereichen in Mülheim manifestiert. Das Angebot des Justizministers, weiter im Gespräch zu bleiben und einen intensiven Austausch zu pflegen, ist insoweit ein begrüßenswerter Ansatz.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen, dass das Forum der Amtsrichter auch weiterhin lebendig bleibt und eine feste Institution in der Auseinandersetzung mit aktuellen Themen wird. Ich freue mich darauf, die diesjährigen Teilnehmer und möglichst viele weitere Amtsrichterinnen und Amtsrichter 2013 beim 3. Amtsrichtertag (wieder)zusehen. Alle zwei Jahre sollte uns der Erfahrungsaustausch einen Tag wert sein!

Ihr



Christian Happe,  
Vorsitzender der  
Amtsrichterkommission

*Christian Happe*

## Aus der Vorstandsarbeit

# Tagungsvorbereitungen

Der Geschäftsführende Vorstand tagte am 2. 5. 2011 in Duisburg zur letzten Vorbereitung des **2. Amtsrichtertages** des DRB-NRW am 11. 5. 2011 in Mülheim.

Die nächste **Landesvertreter-Versammlung** findet am 20. 9. 2011 in Detmold statt. Dort stehen **Wahlen zum Ge-**

**schäftsführenden Vorstand** an. Außer dem soll zum Thema **„Selbstverwaltung der Dritten Gewalt – Unabhängig in die Zukunft oder Justiz nach Kassenlage“** diskutiert werden. Zur Vorbereitung soll dieses Thema auch in der nächsten Gesamtvorstandssitzung am 5. 7. 2011 in Kamen-Kaiserau behandelt werden. Aus

dem Bundespräsidium des DRB wird RinFG Elisabeth Kreth zu dem vom Bundesverband erarbeiteten Gesetzesentwurf zur Selbstverwaltung der Justiz Rede und Antwort stehen.

Zum mit ca. 1 000 Teilnehmern – davon etwa 250 aus NRW – gut besuchten 20. RiStA-Tag wurde die Überlegung aus Berlin diskutiert, ob diese Veranstaltung ständig an einem Ort stattfinden soll. Wie z. B. der Verkehrsgerichtstag in Goslar und der EDV-Gerichtstag in Saarbrücken könnte die Stadt Weimar den RiStA-Tag beherbergen. Die Meinungen waren aber geteilt, ob die Kollegenschaft nicht auch mal gern an einen anderen Ort reisen würde. Zur angedachten Umstellung auf einen drei- statt vierjährigen Rhythmus gab es ebenfalls keine einhellige Meinung.

Anlässlich des Besuchs der Bezirksgruppe Bielefeld in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (U-Haftanstalt der Staatssicherheit) wurde diskutiert, dass der DRB-NRW hierzu im Jahr 2012 eine Veranstaltung in NRW durchführen sollte. Das Thema ist facettenreich und nicht auf Ostdeutschland reduzierbar. In Fortsetzung der Tagungen über den Widerstand gegen Hitler mit Philipp Freiherr von Boeselager 2005 und zum Opferschutz 2007 mit Richard Oetker über seine Geiselnahme könnte zum Beispiel ein Zeitzeuge zu den damaligen Bedingungen referieren.

Erste Überlegungen wurden auch zu den im nächsten Frühjahr/Sommer anstehenden Personalratswahlen bei den Staatsanwälten angestellt.

Wegen der angekündigten Einführung von örtlichen Personalvertretungen auch bei den Staatsanwaltschaften und den hierzu erforderlichen örtlichen Wahlen ist ein zusätzlicher organisatorischer Aufwand zur dezentralen Auszählung der Stimmen zu erwarten. Interessant ist auch, dass damit zugleich erstmals ein Überblick über die Stimmverteilung bei den einzelnen Staatsanwaltschaften möglich wird.

## Presseerklärung\*

# Atemalkoholanalyse kann Blutalkoholanalyse nicht ersetzen

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW tritt dem Vorstoß des Nordrhein-Westfälischen Innenministeriums entgegen, die Analyse der Blutalkoholkonzentration (BAK) in Strafverfahren vollständig durch Analyse der Atemalkoholkonzentration (AAK) zu ersetzen. Die Messung der AAK weicht in bis zu 5% der Fälle deutlich von der tatsächlichen Alkoholisierung ab und ist damit keineswegs so aussagekräftig und zuverlässig wie die BAK. Eine solche Fehlerquote ist bei einem Straftatbestand, der den Entzug der Fahrerlaubnis und auch Freiheitsstrafe zur Folge haben kann, rechtstaatlich nicht vertretbar. Deshalb wird die Messung der AAK vom Gesetz und von der Rechtsprechung bislang zu Recht auch nur in Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten als Beweismittel akzeptiert.

Die Argumentation, durch die Einführung der AAK in Strafverfahren könnten Staatsanwälte und Richter entlastet werden, weil keine Beweisbeschlüsse über die Entnahme einer Blutprobe mehr zu erfolgen hätten, greift zu kurz. Eine Atemalkoholprobe kann technisch nur freiwillig abgegeben werden. Bei Freiwilligkeit bedarf es bereits jetzt auch für die Entnahme einer Blutprobe keines richterlichen Beschlusses. Wirkt der Beschuldigte nicht freiwillig mit, ist eine AAK-Messung technisch nicht möglich. Dann muss ohnehin wieder auf die Entnahme einer Blutprobe zurückgegriffen werden.

Die Atemanalyse ist auch nicht immer das mildere Mittel. Dies gilt ins-

besondere dann nicht, wenn der Beschuldigte im späteren Verfahrensverlauf entlastende Angaben zu seinem Trinkverhalten macht. Wenn eine Blutprobe vorliegt, können diese Angaben auch Monate nach der Tat überprüft werden. Wenn nur eine Atemanalyse zur Verfügung steht, ist das nicht möglich, da der Atem zur Tatzeit nicht nachträglich weiteren Analysen zugänglich ist.

Davon unabhängig ist auch vollkommen unklar, wie der Vorstoß rechtlich umgesetzt werden soll. Die Bewertung der Atemalkoholanalyse auf ihren Beweisgehalt ist jedenfalls ureigenste Aufgabe der Rechtsprechung.

„Nicht der Innenminister des Landes NRW würdigt die Beweisaufnahme. Das ist allein Aufgabe der zuständigen Richter der dritten Staatsgewalt“, meint hierzu Christian Friehoff, Geschäftsführer des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, und ergänzt im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Atemanalyse „Betrunken ist man nicht in der Lunge, sondern im Kopf!“

*\* Die Presseerklärung des DRB-NRW vom 26. 4. 2011 befindet sich auch im Internet unter [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de), ebenso wie die weitere **Presseerklärung** vom 9. 5. 2011 mit dem **Hinweis auf den Amtsrichtertag** in Mülheim am 11. 5. 2011 (aus redaktionellen Gründen abgedruckt auf Seite 18).*

**50 Jahre  
amnesty international  
28. Mai 1961**

# Bericht von der Sitzung des Bundesvorstandes

Der 20. Richter- und Staatsanwaltstag fand in diesem Jahr in Weimar statt. Aus diesem Anlass tagte auch der Bundesvorstand (BuVo) in Weimar am 8. 4. 2011 im Anschluss an den RiStA-Tag.

Der Bundesvorstand besteht aus den Mitgliedern des Präsidiums und weiteren Mitgliedern, die die Mitgliedsverbände – nach einem festliegenden Schlüssel – bestimmen. Derzeit gehören dem Bundesvorstand vierzig Kolleg-inn-en an. Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW entsendet derzeit drei Mitglieder, aufgrund seiner Größe hätte NRW Anspruch auf vier Mitglieder, allerdings wird die Präsenz eines Nordrhein-Westfalen im Präsidium – VPrLG Jens Gnisa (Paderborn) – auf die Zahl der Mitglieder im BuVo angerechnet.

Der Bundesvorstand ist das wichtigste Beschlussorgan „zwischen den Bundesvertreterversammlungen“. Er tagt in der Regel zweimal pro Jahr.

Einer der gewichtigeren von 17 diesmal anstehenden Tagesordnungspunkten war der Bericht des Vorsitzenden. Christoph Frank berichtete über 59 Stellung-

nahmen des DRB im Jahre 2010 zu Gesetzesvorhaben des Bundes. Zu den wichtigsten Sachgebieten gehörten sicherlich u. a. die Frage des Richtervorbehalts bei Blutentnahmen zum Nachweis von Verkehrsstraftaten, die Neuregelung im Rahmen des § 522 Absatz 2 ZPO, Fragen zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung und die Diskussion zum Gesetzentwurf zur Stärkung der Opfer sexuellen Missbrauchs (StORMG). In Art. 3 des Entwurfs waren – „ganz am Rande“ – Änderungen des JGG im Hinblick auf Anforderungen an Jugendrichter formuliert, aus denen man schon erhebliche Einengungen der Unabhängigkeit der Präsidien der Gerichte ablesen konnte. Auch die Anforderungen an die Profile von Jugendstaatsanwälten waren derart, dass bei einer Umsetzung des Gesetzes kein ausreichendes Personal bei den Staatsanwaltschaften mehr vorhanden gewesen wäre, um die Sitzungen bei den Gerichten wahrzunehmen.

Die Stellungnahmen sind sämtlich nachzulesen bei [www.drb.de/stellungnahmen](http://www.drb.de/stellungnahmen).

Christoph Frank berichtete weiter über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe

„Selbstverwaltung“, mit der die Diskussionen über eine Selbstverwaltung der Justiz im Sinne des vom BuVo im März 2010 beschlossenen Entwurfs eines Gesetzes zur Selbstverwaltung für die Bundesländer vorangebracht werden sollen.

Erwähnenswert ist sicher auch die Diskussion eines Papiers, in dem das Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg auf eine Anfrage einer Landtagsfraktion feststellen konnte (musste), dass die Bruttoalterssicherung und die Nettoalterssicherung in drei von vier Musterfällen bei den Rentnern des Vergleichsunternehmens höher sind als bei den Pensionären des Landes. Nur in einem Fall gab es eine Differenz zugunsten des Pensionärs, wobei der „Vorsprung“ der Versorgung lediglich 17,49 € pro Monat ausmachte. Das zu dem Thema der angeblich vielen Vorteile der Landesbediensteten.

Der Haushalt 2011 des Bundesverbandes DRB wurde beschlossen. Er hat immerhin eine Größenordnung von knapp über einer Million Euro.

Im Juni des Jahres wird der DRB erstmals ein (Wochenend-)Seminar für junge Richter und Staatsanwälte in Berlin durchführen. Diskutiert werden die Themenfelder „Entwicklung im beruflichen Umfeld“ (z. B. Abordnungen, Laufbahnwechsel) sowie „Entwicklung im persönlichen Umfeld“, wobei es hauptsächlich um Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie um Ethik im Beruf geht. Der jetzige Justizminister Schleswig-Holsteins, Emil Schmalfuß, der bis zu seiner Ernennung PrLG in Kiel war, ist einer der gewonnenen Referenten bei dieser Veranstaltung. Bei einem Erfolg dieses Assessoren-Forums soll es zu einer festen Einrichtung werden.

## Tagesordnung für den Gesamtvorstand

Der Gesamtvorstand tagt am 5. 7. 2011 in der Sportschule Kamen-Kaiserau. Die vorläufige Tagesordnung dazu lautet – wie folgt:

1. Als Vorbereitung auf das Hauptthema „Selbstverwaltung der Justiz“ der Landesvertreterversammlung am 20. 9. 2011 in Detmold:  
Erläuterungen zum vom DRB vorgeschlagenen Gesetzentwurf zur Selbstverwaltung durch das Mitglied des Bundespräsidiums RinFG Elisabeth Kreth (Hamburg)
2. Aktuelles aus dem Geschäftsführen des Vorstand und den Fachgerichtsbarkeiten
3. Aktuelles aus dem Gesamtvorstand

4. Staatsanwaltsfragen
5. Nachlese RiStA-Tag vom 6.–8. 4. 2011 in Weimar
6. Nachlese der Bundesvorstandssitzung am 8. 4. 2011 in Weimar
7. Nachlese Amtsrichtertag am 11. 5. 2011
8. Vorbereitung LVV am 20. 9. 2011 in Detmold
9. Vorbereitung Martin-Gauger-Preis am 9. 12. 2011 in Köln
10. RiStA
11. Internet
12. Nächste Sitzung des Gesamtvorstands
13. Verschiedenes  
Bezirksgruppenreisen – Synergieeffekt/Anbieter

**www.NORDSEE-SANATORIUM.DE**  
Private Krankenanstalt

Deichstraße 13a  
26434 Wangerland-Horumsiel  
Tel. (0 44 26) 9 48 80  
Fax (0 44 26) 9 48 899

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

**0800 - 1000 500**

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.



## Beamtendarlehen mit \*Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamtendarlehendiscouter  
Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €



\* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:  
Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.d.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen als bei uns - bei 12jähriger Laufzeit – (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen 100,- € Tankgutschein.



Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3: 11 Planken  
68159 Mannheim  
Fax: (06 21) 178190-25  
Info@AK-finanzz.de

[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

### Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeneintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

## Treffen der Richterräte 2011

Am 6. 5. 2011 hatte der Haupttrichterrat der ordentlichen Gerichtsbarkeit in NRW (HRR), der sich am 17. 1. 2011 neu konstituiert hatte, zu einem Treffen aller Richterräte der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes in die Justizakademie Recklinghausen eingeladen. Insgesamt 52 Richterräte nahmen an der Veranstaltung teil. Fast alle Gerichte des Landes waren vertreten.

Themen waren u. a. das Adhäsionsverfahren, insbesondere Flyer „2 in 1“, und Richterassistenz.

Der Flyer „2 in 1“ des JM zur **Adhäsion** wurde eingehend erörtert. Nahezu alle anwesenden Richterräte erklärten in verschiedenen Bereichen erhebliche Bedenken bezüglich der praktischen Verwendbarkeit des Flyers. Angefangen mit Fragen zur Schlüssigkeit eines geltend gemachten Schadensersatz-(Schmerzensgeld-)Anspruchs, über Fragen der Kosten bis hin zu Fragen der drohenden Verjährung von Ansprüchen eines Geschädigten, wenn keine Rechtshängigkeit – aus welchen Gründen auch immer – zustandekommen sollte, wurde der Inhalt des Flyers breit

diskutiert. Klargestellt sei, dass nicht das Adhäsionsverfahren als solches kritisiert wurde, sondern die Art und Weise, wie ein Geschädigter – nach Auffassung der Richterräte unzureichend – darüber informiert wird, wie er etwaige Ansprüche im Adhäsionsverfahren geltend machen und durchsetzen kann.

Die Versammlung beschloss, dass der HRR die gesammelten Bedenken gegenüber dem JM formuliert.

In Sachen **Richterassistenz** wurde klargestellt, dass es seitens des JM keine klassische Pilotierung gibt, sondern tatsächlich ein freiwilliges Ausprobieren von möglichen Richter unterstützenden Geschäften geben soll. Die Gerichte, die sich an der Maßnahme beteiligen, sollen zwar den Abschlussbericht der länderübergreifenden Arbeitsgruppe (NRW, Baden-Württemberg, Sachsen) zur Grundlage ihrer Forschung machen, aber es ist ihnen völlig freigestellt, in welchen Bereichen sie Richterassistenz ausprobieren wollen. Die Vertreter der Gerichte, die an dem Experiment beteiligt sind, berichte-

ten davon, dass sich die Arbeitsgruppen gerade erst formiert haben, praktische Ergebnisse konnten noch nicht mitgeteilt werden. Alle sind sich jedoch jetzt schon darin einig, dass es – welches Ergebnis auch immer sich bietet – keinen daraus folgenden Personalabbau geben dürfe.

Ein Punkt wurde besonders hervorgehoben, nämlich dass die Schulung der Servicekräfte bei einer echten Assistenz ausgebaut werden muss.

Weitere Themen waren die **elektronische Zweitakte**, die beim LG Wuppertal mit offenbar positiven Erfahrungen pilotiert wird, und die vom JM initiierten Terminlisten der Gerichte im Internet. Hierbei fragte sich die Runde insbesondere nach dem Sinn einer – selbstverständlich völlig – anonymisierten Terminrolle.

Schließlich diskutierte die Versammlung noch über ein im Anfangsstadium befindliches Vorhaben des HRR, der sich die Allgemeinverfügungen des JM zur Beurteilung, zur Erprobung und zu **Anforderungsprofilen bei bestimmten Funktionsträgern** vornehmen wird. Darüber wird im Laufe der nächsten Zeit noch zu berichten sein.

## Bericht aus der Besoldungskommission des DRB



Die Besoldungskommission des DRB, die regelmäßig im Herbst eines Jahres in der Geschäftsstelle in Berlin zusammenkommt, wird von dem Präsidiumsmitglied des DRB,

DAG Oliver Sporré (Osnabrück), geleitet. Neben ihm gehören der Kommission VPrFG Hartwig Weber (Sachsen-Anhalt), RFG Dr. Frank Engellandt (Schleswig-Holstein), PrLG a. D. Josef Grieser (Bayern) und der Verfasser (NRW) an.

Die Besoldungskommission beschäftigte sich auf ihrer Sitzung vom 26. 11. 2010 u. a. mit folgenden Themen:

Besoldungsstrukturen in den einzelnen Bundesländern, Unterstützung der Landesverbände durch den Bundesverband in Tariffragen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Richter und Stellenhebungskonzepte in den einzelnen Bundesländern.

Beim TOP **Besoldungsstrukturen** wurde zunächst die Anregung der Besoldungskommission, die diese auf eine ihrer früheren Sitzungen gegeben hat, im Hinblick auf ihre Realisierungsmöglichkeit erörtert. Die Besoldungskommission hatte empfohlen, der DRB möge sich für eine Übertragung der Ressortzuständigkeiten für die Besoldung/Versorgung und für das Dienstrecht für Richter und Staatsanwälte auf die Justizministerien der Länder einsetzen.

Der DRB stellt die Föderalismusreform I mit der Forderung auf Rückführung der Besoldungs- und Versorgungsaufgaben auf den Bund grundsätzlich in Frage. Die Kommission hat sich demgegenüber aber mit der bloßen Ressortzuständigkeit befasst, um den Justizministern in Bund und Ländern mehr politisches Profil zu verschaffen: Der besonderen Situation der Justiz entspreche das überkommene, verfassungsrechtlich gebotene System einer gegenüber der A-Besoldung getrennten R-Besoldung. Das Grundgesetz stelle die rechtsprechende Gewalt mit Betonung neben die Exekutive und unterscheide dementsprechend zwischen den Beam-

ten und den Richtern und halte deshalb eine je eigene Ordnung ihrer Rechtsverhältnisse für gerechtfertigt. Die besonderen Besoldungsgesetze für Richter nach Art. 98 GG müssten sich danach inhaltlich von den Besoldungsgesetzen für Beamte in derselben Weise unterscheiden wie das allgemeine Beamtengesetz von dem besonderen Richterrecht. Eine bloße Wiederholung der für Beamte geltenden Regelung sei mit der besonderen Stellung der Richter unvereinbar. Das Status- und Besoldungsrecht der Richter/Staatsanwälte habe sich nach dem verfassungsrechtlichen Auftrag vom allgemeinen Beamten- und Besoldungsrecht zu lösen und selbständig zu ordnen. Der Ansatz der Zuständigkeitsübertragung des gesamten richterlichen Status- und Besoldungsrechts wurde in der Kommission noch einmal erörtert. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass dieser Vorschlag zurzeit keine Chance auf eine praktische Umsetzung auf der politischen Ebene habe und daher nicht weiter verfolgt werden solle.

Im Übrigen haben sich die Besoldungsstrukturen bei der R-Besoldung im Bund



und in den Ländern seit der Föderalismusreform in einem unverhältnismäßigen Maße auseinanderentwickelt, was seitens der Besoldungskommission nicht mehr gutgeheißen wird. Die Besoldungsstrukturunterschiede führen zu deutlich unterschiedlicher Besoldung in den Ämtern der R-Besoldung. Zu einem wesentlichen Teil beruhen die Strukturunterschiede darauf, dass eine Reihe von Bundesländern keine bzw. deutlich gekürzte Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) leisten. So gewähren z. B. die Länder Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Berlin keine auf die Dienstbezüge bezogenen Sonderzahlungen mehr, sondern allenfalls noch Festbeträge (Berlin, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Saarland). Bayern und Baden-Württemberg leisten noch Sonderzahlungen in Höhe von 56 % bzw. 52 % der monatlich zustehenden Dienstbezüge, wobei in Baden-Württemberg die Sonderzahlung nicht mehr mit den Dezemberbezügen gezahlt wird, sondern anteilig in Höhe von 1/12 des Betrages mit den regelmäßigen monatlichen Bezügen. Diese Zahlungsweise haben auch weitere Länder, soweit sie Sonderzahlungen leisten, umgesetzt (Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen).

Nach dem Vorbild des Dienstrechtsneuordnungsgesetzes des Bundes (BGBl I 2009, 160ff.) haben einige Länder die Lebensaltersstufen in der R-Besoldung wegen des Verstoßes gegen europäisches Richtlinienrecht abgeschafft und stattdessen Erfahrungsstufen eingeführt (Bund, Bayern, Baden-Württemberg ab 1. 11. 2011, Thüringen, Saarland, Hamburg, Schleswig-Holstein). Die Anzahl der je-

weiligen Erfahrungsstufen und die Wartezeit für einen Aufstieg in ihnen sind im Bund und den Ländern unterschiedlich. Während einige Länder von einem zweijährigen Rhythmus bei den Erfahrungsstufen ausgehen (z. B. Baden-Württemberg, Saarland, Schleswig-Holstein, Thüringen), sehen der Bund und andere Länder (z. B. Hamburg) acht Erfahrungsstufen mit einem Aufstiegsrhythmus von zwei, drei und vier Jahren vor.

Bei der Frage einer möglichen **Unterstützung der Landesverbände durch den Bundesverband in Tariffragen** ist nach Ansicht der Kommission ein Handlungsbedarf zu erkennen. Deshalb empfiehlt sie, dass bei einem entsprechenden Bedarf der jeweilige Landesverband an den Bundesverband herantreten und um Unterstützung bitten solle. Ferner wurde als Unterstützungsmaßnahme einhellig vor-

geschlagen, zwischen mitgliederstarken und mitgliederschwächeren Landesverbänden „Patenschaften“ einzurichten, so dass auch die mitgliederschwachen Verbände die Struktur und das Know-how hätten, die Forderungen der Mitglieder zu artikulieren und auch durchzusetzen.

Ein weiteres ausführlich erörtertes Thema hat die **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** für Richter/Staatsanwälte dargestellt. Für Bayern gilt ab dem 1. 9. 2011, dass Richter auf Antrag bis zum Alter von 67 Jahren tätig sein können. Im Grundsatz war die Kommission sich darin einig, dass der DRB sich nicht gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit sperren sollte, da auch alle anderen Berufsgruppen innerhalb und außerhalb des öffentlichen Dienstes von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit betroffen sind. Eine Ausnahmeregelung für Richter und Staatsan-

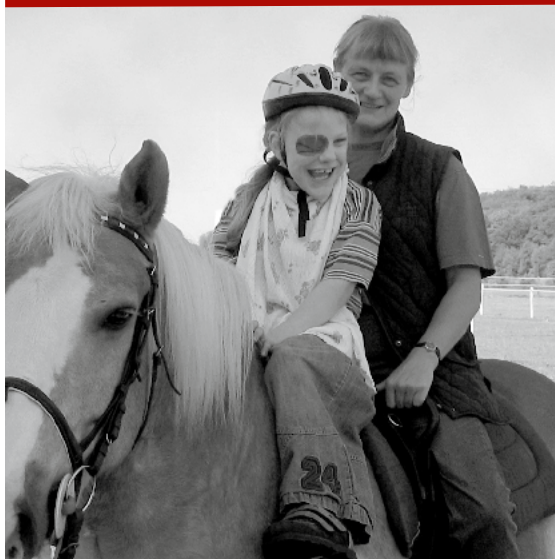
## Besoldungsberechnung

Wer die neue Besoldungsabrechnung nicht verstanden hat und wer außerdem gespannt ist, was sich mit der 1,9%igen Erhöhung zum 1. 1. 2012 ändert, wird auf folgender Seite fündig: <http://oeffentlicher-dienst.info/beamte/nw>.

Dort gibt es für 2011 und 2012 jeweils Berechnungsprogramme, die Ihnen unter Berücksichtigung der Besoldungsstufe, der Altersstufe, der familiären Verhältnisse usw. genau ausrechnen, worauf Sie sich freuen können. Erläuterungen finden Sie auch auf unserer Internetseite

„[www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)“ unter dem Stichwort „Wissenswertes/Besoldungsfragen“.

Um der Verwirrung vorzubeugen: Das Kindergeld müssen Sie zum Auszahlungsbetrag noch hinzurechnen. Und wenn Sie meinen, dass wir alle noch immer nicht amtsangemessen besoldet sind: Das meinen wir auch! Wir haben im Vorfeld der Tarifrunde viel mehr gefordert als Beamtenbund & Co. Wenn Sie noch kein Mitglied im DRB sein sollten, treten Sie ein und unterstützen Sie uns dabei, auch für Ihr Gehalt zu kämpfen.



**VOLMARSTEIN**  
die evangelische Stiftung

## So helfen Sie mit Buß- und Strafgeldern

Mit der Zuweisung von Buß- u. Strafgeldern ermöglichen Sie zusätzliche pädagogische, therapeutische und pflegerische Aufgaben in der Behinderten- und Altenhilfe, wie z.B. das Therapeutische Reiten.

Die Evangelische Stiftung Volmarstein betreut ambulant, teilstationär und stationär körperbehinderte, pflegebedürftige und alte Menschen.

Sie ist Träger von Wohn- und Pflegeheimen, Ambulanten Diensten, Schulen und Werkstätten, bietet Berufsausbildung, eine Orthopädische Fachklinik und ist in der Forschung tätig.

Gerne senden wir Ihnen Informationen, teilausgefüllte Zahlscheine und Adressaufkleber zu.

**Hartmannstraße 24 · 58300 Wetter (Ruhr) · Telefon (0 23 35) 639-0  
Fax (0 23 35) 639-109/119 · E-Mail: [vorstand@esv.de](mailto:vorstand@esv.de) · <http://www.esv.de>**

**Spendenkonto: KD-Bank eG  
BLZ 350 601 90 · Konto-Nr. 2 101 599 054**

wälte sei dem Bürger nicht zu vermitteln. Allerdings müssen Richter und Staatsanwälte bei der Frage einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit gleich behandelt werden, was nach geltender Rechtslage in vielen Ländern derzeit nicht der Fall ist. Deshalb tritt die Kommission dafür ein, allen Angehörigen der Übergangsjahrgänge (1947 bis 1963) ein Wahlrecht einzuräumen, bis zum Alter von 67 Jahren tätig sein zu können.

Schließlich befasste sich die Kommission noch mit den **Stellenhebungskonzepten in einzelnen Bundesländern**. Ein solches Konzept existiert bereits in Bayern seit dem 1. 1. 2011. Bei neun Amtsgerichten in Bayern hat sich demnach die statusrechtliche Einstufung von Richterämtern (Direktoren bzw. Stellvertreter) verbessert. Sporré berichtete anschließend vom Stand des Stellenhebungskonzeptes in Niedersachsen. Alle Kommissionsmitglieder

sprachen sich dafür aus, Stellenhebungskonzepte in Ländern zu unterstützen, weil allein solche statusrechtlichen Ämterhebungen dem Grundsatz der funktionsgerechten Ämterzuordnung gerecht werden. Allerdings herrschte Einigkeit darüber, dass Stellenhebungskonzepte selbstverständlich kein Ersatz für eine amtsangemessene Besoldung sein können.

**VRFG Hans Wilhelm Hahn,**  
**Düsseldorf**



## GELDWÄSCHE



### Deutschland - ein Paradies für Geldwäscher?!

#### Investigative Möglichkeiten und Grenzen

Fachtagung für Kriminal-/Steuer-/Zollbeamte, Staatsanwälte, Richter, Fachjournalisten

**In Deutschland werden jährlich mehr als 50 Milliarden Euro kriminell „erwirtschaftet“. Die OECD hat die Geldwäschebekämpfung in Deutschland wiederholt kritisiert und die EU-Kommission leitete ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Nimmt die Politik, wie Kritiker behaupten, die dramatischen Dimensionen nicht ernst? Warum wird gegen Geldwäsche in Deutschland nicht offensiver vorgegangen? Wie wirken sich die Folgen der Geldwäsche auf Wirtschaft und Gesellschaft aus? Darüber referieren und diskutieren Fachleute aus Deutschland und dem europäischen Ausland.**

**Beginn:** Sonntag, 26. Juni 2011, 14.00 Uhr

**Ende:** Dienstag, 28. Juni 2011, 14.30 Uhr

**Tagungsbeitrag:** 180 € (Übernachtung im EZ, VP, Tagungsgebühr)

**Tagungsort:** Thomas-Morus-Akademie,  
Overather Straße 51-53, 51429 Bergisch Gladbach

**Veranstalter:** Thomas-Morus-Akademie in Kooperation mit dem Bund Deutscher Kriminalbeamter, der Deutschen Steuergewerkschaft, der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) und dem Bund der Richter und Staatsanwälte (DRB-NRW)

Ausführliches Programm unter [www.tma-bensberg.de](http://www.tma-bensberg.de) | [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)

**Anmeldung:** Thomas-Morus-Akademie | Tel.: 02204 - 40 84 72  
[akademie@tma-bensberg.de](mailto:akademie@tma-bensberg.de)

In der Bundesrepublik Deutschland werden nach Angaben der FATF („Financial Action Task Force“) jährlich mehr als 50 Milliarden Euro kriminell „erwirtschaftet“. Die Geldwäsche geschieht im Geheimen und oft grenzüberschreitend.

Kritiker behaupten, dass die deutsche Bundesregierung, aber auch die Landesregierungen die dramatischen Dimensionen nicht ernst nehmen. Die OECD hat Deutschland in Sachen Geldwäschebekämpfung wiederholt kritisiert und die EU-Kommission leitet erneut ein Vertragsverletzungsverfahren ein.

War es nur ein Zufall oder hat bereits die Planung des Geldwäscheforums die Bundesregierung aufgeschreckt? Jedenfalls meldete das Handelsblatt am 11. 5. 2011 in seiner Onlineausgabe: „Regierung will Geldwäsche stärker bekämpfen“.

In diesem Handelsblatt-Artikel wird der Finanzminister zitiert. Wie so häufig, bleibt die Justiz hier bei einem Thema stumm, das

sie selbst fundamental betrifft. Um hier ein Zeichen zu setzen, unterstützt der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen das Geldwäscheforum. Die Justiz muss bereits bei der Planung einer verschärften Geldwäschebekämpfung eingebunden werden. Nur so kann es handhabbare Rechtswege geben. Auch können sich Gerichte und Staatsanwaltschaften auf die zu erwartenden Verfahren vorbereiten. Nur so ist aber auch gewährleistet, dass trotz wirksamer Strafverfolgung die Rechte der Bürger gewahrt bleiben, insbesondere auch wenn sie zu Unrecht in den Fokus der Behörden geraten sind.

Auf dem Geldwäscheforum werden die Referenten aufzeigen, wie sich die Folgen der Geldwäsche auf Kriminalität, Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Gehen staatliche Ermittlungsorgane in Italien, der Schweiz und in den Niederlanden gegen den Straftatbestand der Geldwäsche und seine Auswirkungen abschreckender und effektiver vor? Sodann wird die Tagung nachbereitet werden müssen, um zu schauen, welche der im Ausland gefundenen Regelungen in Deutschland trotz aller Verschiedenheit in den tatsächlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen anwendbar sind, welche sogar dringend in möglichst kurzer Zeit umgesetzt werden sollten.

Zu den Gesprächen und Diskussionen mit Fachleuten aus Deutschland und dem europäischen Ausland laden der DRB-NRW sowie die anderen Veranstalter, BDK, DStG, BDZ und Thomas-Morus-Akademie. Interessierte aus den Bereichen der Kriminalpolizei, Justiz, Steuer- und Zollverwaltung, Anwaltschaft und Fachpresse herzlich ein.

Einen Link auf den zitierten Handelsblatt-Artikel sowie das vollständige Programm finden Sie auf unserer Homepage [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de).

## Flagge zeigen! Sofort anmelden!

Die Veranstaltung in Bergisch Gladbach wird von vielen an der Bekämpfung der Geldwäsche beteiligten Berufsgruppen und Organisationen betrieben, auch vom Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW. Daher sollte es selbstverständlich sein, dass auch Richter und Staatsanwälte in nicht geringer Zahl an der Diskussion teilnehmen.

Unsere Meinung ist gefragt, bringen Sie diese ein!





Mit strahlendem Sonnenschein begrüßte der Veranstaltungsort uns Amtsrichterinnen und Amtsrichter, gut 70 an der Zahl, die am 11. 5. zum 2. Amtsrichtertag zusammentraten. Schon die Themen der angebotenen Workshops verhiessen eine starke Praxisbezogenheit der Veranstaltung. Die war auch aus den Grußworten von JM Thomas Kutschaty und von unserem Landesvorsitzenden Reiner Lindemann, mit denen die Veranstaltung eröffnet wurde, herauszuhören. Der Minister empfahl sich nicht nur mit für die Amtsrichterseele tröstlichen Worten der Anerkennung unserer guten und harten, bürgernahen Arbeit und unserer Leistungsbereitschaft und -fähigkeit, sondern auch mit der Einladung, mit ihm in regem Gedanken- und Meinungsaustausch zu bleiben.

Reiner Lindemann ertete Zustimmung aus dem Auditorium für seine Ankündigung, nicht viele Worte machen zu wollen, da wir als Amtsrichter zum Arbeiten hier seien. In diesem Verständnis unseres Berufes geeint stürzten wir uns, nach ei-

## Zweiter Amtsrichtertag des DRB-NRW in Mülheim

# Das Amtsgericht – die tragende Säule

nem schnellen Kaffee, auf die inhaltliche Arbeit in den Workshops.

### Generationenwechsel, Richterassistenz, Eildienst

Unter der Leitung von Doris Goß und Christian Happe ging es um die Frage, wie das Wissen der in den Ruhestand gehenden Kolleg-inn-en weitergegeben und erhalten werden kann. Der Justiz steht in nächster Zeit durch Pensionierungswellen eine Erosion von Erfahrung und Handlungswissen bevor, der unbedingt begegnet werden muss.

Im Workshop Eildienst, den Heike Kremer und Jörg Werner moderierten, brannten den Teilnehmern viele Fragen und Unsicherheiten auf den Nägeln, die nicht nur den nächtlichen Eildienst betrafen. Die Unzufriedenheit der Amtsrichter mit der mangelhaften Organisation und der unzureichenden Berücksichtigung der Belastung insbesondere der Rufbereitschaft war spürbar.

Den dritten Workshop hatten Lydia Niwerth und Christian Friehoff übernommen. Nachdem die Definition einer ech-

ten Richterassistenz gefunden war, beschränkten sich die Teilnehmer entsprechend nicht auf die Forderung der Rücknahme der durch Judica/TSJ schleichend eingeführten „Geschäftsstellenassistenz durch den Richter“, sondern entwickelten viele brauchbare Ideen, wie eine funktionierende Richterassistenz geschaffen werden kann.

Nach der Mittagspause, die draußen in der Sonne zu angeregtem kollegialem Austausch genutzt wurde, erarbeiteten die Workshopper ihre Thesen, die später im Plenum vorgestellt und verabschiedet wurden.

Dass der Amtsrichtertag an Bedeutung gewonnen hat, zeigte sich an der Zahl der motivierten Teilnehmer und prominenten Besucher und der Vielfalt und Aktualität der Themen. Nach dem Grußwort des Ministers kann davon ausgegangen werden, dass der mit dem 1. Amtsrichtertag vor zwei Jahren angestoßene Dialog zwischen Justiz und Politik weitergeführt und intensiviert wird. Freuen wir uns also schon auf den nächsten Amtsrichtertag 2013, wir sind gespannt, was und wen wir noch erreichen und bewegen können!

## Begrüßung durch den Landesvorsitzenden

Der Landesvorsitzende Reiner Lindemann führt in seinem Grußwort u. a.)\* aus:



Es ist mir eine große Ehre und eine besondere Freude, Sie zum zweiten Amtsrichtertag des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW begrüßen zu dürfen.

Wie Sie wissen, veranstaltet unser Landesverband in einem zweijährigen Rhythmus einen Amtsrichtertag, offen für alle Richter an den Amtsgerichten im Lande. Vor zwei Jahren habe ich hier ausgeführt, dass sich die „Hauptlast des Verkehrs der juristischen Streitigkeiten auf den Straßen der Amtsgerichte“ abspielt. Das gilt nach wie vor. Ein Richter am Amtsgericht steht an der Front, er ist von Natur aus Einzelrichter, er muss aushalten. Eben weil der Richter am Amtsgericht fast ausschließlich Einzelrichter ist, er die Hauptlast der Justizgeschäfte trägt, sollen ihm vermehrt Angebote an Fortbildung, Gedankenaustausch sowie Gelegenheit zur Mitwirkung an einer funktionierenden Justiz gegeben werden. Ein so großer Verband wie der Bund der Richter und Staatsanwälte in

NRW ist aufgerufen, sich nach Kräften an solchen Maßnahmen zu beteiligen, sich einzubringen.

**Ein Richter am Amtsgericht steht an der Front, er ist von Natur aus Einzelrichter, er muss aushalten.**

In unserem Verband existiert seit dem Jahre 2005 neben der bereits damals bestehenden Staatsanwaltskommission die Amtsrichterkommission. RAG Christian Happe, der derzeitige Vorsitzende, leistet zurzeit Großartiges, weil er im Hauptamt stellvertretender Leiter der Justizakademie in Recklinghausen ist.

Die Mitwirkung an einer funktionierenden Justiz ist eine der großen Aufgaben eines Verbandes wie dem der Richter und

\*) für RiStA redigierte Kurzfassung, Langtext unter [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)

Staatsanwälte in NRW. Dabei spielt eine ausgesprochen große und wichtige Rolle die Verbindung zum Gesetzgeber. In Zeiten nach den sog. Konföderalismus-Reformen ist die Verbindung zum Landesgesetzgeber noch wichtiger geworden, als sie es bislang schon war. Wichtig ist es daher auch, die Belange und Anliegen der Richter der Amtsgerichte dem Landesgesetzgeber möglichst nahezubringen.

Deshalb freue ich mich sehr, die Abgeordneten des Landtags begrüßen zu dürfen. Wir hatten auch die Abgeordnete für den Wahlkreis Mülheim/Ruhr, unserem Veranstaltungsort, eingeladen. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft konnte jedoch aufgrund anderer Verpflichtungen nicht erscheinen. Darauf haben wir den Abgeordneten für den Wahlkreis Mülheim/Ruhr II eingeladen. Er ist gekommen und unser Gast, ich begrüße besonders den MdL und **Justizminister Thomas Kutschat**y.

Wir machen seit Jahren die erfreuliche Erfahrung, dass die LT-Abgeordneten für regelmäßig wiederkehrende, aber genauso auch für spontan verabredete Gespräche zur Verfügung stehen. Ich meine, dass wir bei einem so wichtigen Thema wie der Justiz unsere Gesprächsfrequenz nicht nur beibehalten, sondern erhöhen sollten. Die Probleme, mit denen sich die Justiz auseinanderzusetzen hat, sind so

vielfältig, dass das Begehren zu noch mehr Austausch gerechtfertigt erscheint.

**Die Mitwirkung an einer funktionierenden Justiz ist eine der großen Aufgaben des DRB.**

**Dazu gehört sowohl die Verbindung zum Gesetzgeber als auch zu den Kommunen.**

Von der Stadt Mülheim/Ruhr, die die Gastgeberin unserer Veranstaltung ist, begrüße ich herzlich Herrn Bürgermeister Püll. Die Zusammenarbeit auch mit den Kommunen ist für uns enorm wichtig, nur beispielhaft sei das Thema Jugendkriminalität, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Prävention erwähnt.

In diesem Zusammenhang darf ich kurz auf eine weitere Initiative des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW, der sogenannten Modellregion Erziehung „FAMOS“, gestartet am 8. 3. 2010 in Paderborn, hinweisen. Bei dieser Initiative handelt es sich um den größten Feldversuch Deutschlands zur Überprüfung von Präventionsprogrammen zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz. Ein Programm, an dem sich neben anderen Ministerien und Verbänden auch das Justizministerium des Landes NRW beteiligt.

Last, aber überhaupt nicht least, darf ich den Vizepräsidenten des LG Paderborn,

Jens Gnisa, begrüßen. Er ist heute hier als Mitglied des Präsidiums des Bundesverbandes des Deutschen Richterbunds, dort u. a. für Fragen der Koordination der Landesverbände zuständig.

Nebenbei gesagt: Herr Gnisa ist mein Vorgänger im Vorsitz des Landesverbandes und Initiator der zuvor beschriebenen Modellregion Erziehung „FAMOS“. Für beides möchte ich ihm an dieser Stelle einmal öffentlich „Danke“ sagen.

Bevor ich schließe, möchte ich ganz besonders Lydia Niewerth, Dr. Peter Laroche und Christian Happe Dank aussprechen. Sie haben maßgeblich diesen Amtsrichtertag entworfen und geplant, er ist ihr Werk.

Danken darf ich auch den Leitern der drei geplanten Workshops, die Christian Happe im Rahmen der Erläuterung der Organisation nachher noch vorstellen wird.

Wir haben kein Beiprogramm etwa mit Anstoßvorträgen o. Ä. Wir wollen in den Workshops arbeiten, wir sind Amtsrichter.

Deshalb eröffne ich nun den zweiten Amtsrichtertag des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW. Ich möchte darauf hinweisen, dass es natürlich auch den Ehrengästen eröffnet ist, an den Workshops ihrer Wahl teilzunehmen.

## Grußwort\*) des Justizministers Thomas Kutschaty

# Amtsgerichte sind das Aushängeschild der Justiz

Im Rheinland sagt man, dass alles was zweimal geschieht, bereits eine Tradition

begründet hat. In diesem Sinne freue ich mich in besonderer Weise, Ihnen anläss-

lich des nunmehr zweiten Amtsrichtertages des Bundes der Richter und Staatsanwälte in NRW die besonderen Grüße der Landesregierung zu dieser Veranstaltung zu übermitteln.

Es geht heute um die Amtsrichter, aber lassen Sie mich zuvor einige Worte ganz allgemein zu unserer Justizwelt sagen:

Die nordrhein-westfälische Justiz ist reich an Mitarbeiter-inne-n mit wertvollen Kenntnissen und Erfahrungen, die es zu würdigen und weiter zu entfalten gilt. Viele engagierte und liebenswerte Menschen, die ich inzwischen persönlich kennengelernt habe, haben mich mit ihrem hohen Einsatz und großem Verantwor-

\*) für RiStA redigierte Kurzfassung, Langtext unter [www.drb-nrw.de](http://www.drb-nrw.de)



tungsbewusstsein beeindruckt. Hört man den Mitarbeiter-inne-n genau zu und sieht man sich ihren Arbeitsalltag genauer an, bleibt einem eines nicht verborgen: Die Justiz ist sehr leistungsfähig, in weiten Teilen ist sie leider aber auch hoch belastet. Dabei entspringt die hohe Belastung nicht nur einem subjektiven Empfinden, sie wird auch durch das Personalbedarfsberechnungssystem PEBBSY bestätigt. Über die gesamte Justiz hinweg besteht in allen Dienstzweigen, sei es bei den Richtern, Rechtspflegern, Staatsanwälten, Amtsanwälten, Serviceeinheiten oder Wachtmeistern eine z. T. deutlich über 100 % liegende Belastung. Bei einer detaillierten Betrachtung der einzelnen Justizbereiche muss man aber auch feststellen: die Zahlen sind nicht überall gleich hoch. Hier gilt es anzusetzen und im Wege interner Ausgleichsmaßnahmen für eine ausgewogene Belastung zu sorgen. Dazu gehört auch, dass die ordentliche Gerichtsbarkeit ganz aktuell der notleidenden Sozialgerichtsbarkeit im Wege der Abordnung junger Kollegen einige Kräfte ausleiht.

#### Die ordentliche Gerichtsbarkeit muss der Sozialgerichtsbarkeit einige Kräfte ausleihen.

Wenn es um Belastungsreduzierung geht, kann ich Forderungen nach neuen Stellen gut nachvollziehen; auch ich würde solches begrüßen. Angesichts der schwierigen Haushaltssituation des Landes und der Notwendigkeit zur Haushaltskonsolidierung ist eine wirklich durchgreifende Verbesserung der Belastungssituation durch Maßnahmen im Landeshaushalt, insbesondere neue Stellen, derzeit nicht finanzierbar. Dies bedeutet aber nicht, dass es für die Justiz in dieser Legislaturperiode keinerlei Haushaltsverbesserungen geben wird.

Ihrer Einladung bin ich insbesondere deshalb gern gefolgt, weil sie mir eine willkommene Gelegenheit gibt, mit einigen Worten die herausragende Bedeutung der Amtsgerichte für das Vertrauen der Menschen und der Unternehmen in die Justiz NRW zu würdigen.

In Nordrhein-Westfalen leisten die Mitarbeiterinnen der Amtsgerichte an insgesamt 130 Standorten ihren Dienst. Die Amtsgerichte sind, was Leistungsfähigkeit und Bürgerorientierung angeht, das Aushängeschild der Justiz. Dabei steht die Tätigkeit der Amtsgerichte in der Medienberichterstattung nur selten im Vordergrund. Ein Beispiel: Während im Jahre 2010 die Landgerichte 96 700 erstinstanz-

liche Zivilsachen erledigt haben, haben die Amtsrichterinnen im selben Zeitraum 312 000 Zivilsachen erledigt. Und sie haben diese Verfahren nicht nur erledigt, sondern qualitativ hochwertig und zügig bearbeitet und dadurch sicherlich zum Vertrauen der Menschen, aber auch der Unternehmen in die Justiz beigetragen.

Unsere Amtsgerichte in NRW sind außerordentlich leistungsfähig, bürgerfreundlich und bürgernah. Bürgernähe setzt aber auch voraus, dass die Justiz in der Fläche präsent bleibt. Deshalb werde ich mich weiter mit allen Kräften dafür einsetzen, dass es weitere Schließungen von Gerichtsstandorten nicht geben wird. Ich werde dafür Sorge tragen, dass Verwaltungsaufwand reduziert und die Rechtspflege im Interesse der Bürger gestärkt wird. Gerade dort, wo es für die Menschen in unserem Land um unmittelbare und existenzielle Probleme geht, ist der amtsgerichtliche Aufgabenbereich gefordert.

Die Leistungsfähigkeit der Amtsgerichte auf der einen Seite und ihre ausgeprägte Bürgernähe auf der anderen Seite sind wesentliche Grundlagen für das Vertrauen, das die Menschen, aber auch die Unternehmen der Justiz in NRW entgegenbringen.

Eine gut funktionierende, insbesondere effiziente, moderne und schnelle Justiz ist ein wesentlicher Standortfaktor auch für die Wirtschaft. Die Justiz in NRW entspricht diesen Anforderungen in besonderer Weise. Nach alledem kann man feststellen, dass das Amtsgericht eine der tragenden Säulen der ordentlichen Gerichtsbarkeit, wenn nicht sogar die tragende Säule darstellt. Dass die Justiz bei den Bürgerinnen, aber auch bei den Unternehmen ein hohes Ansehen und Vertrauen genießt, ist sicherlich Ihnen als Amtsrichterinnen in besonders hohem Maße zu verdanken.

Uns alle verbindet das gemeinsame Streben nach Gerechtigkeit. Schließlich gehören die Sicherung des Rechtsfriedens in unserer Gesellschaft und die Durchsetzung der Gerechtigkeit zu unseren vornehmsten Aufgaben. Wir allesamt stehen in der Verpflichtung, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die nordrhein-westfälische Justiz für alle Bürger eine effektive Rechtsprechung und zügige Vollstreckung auf hohem Niveau bietet.

Ich bitte Sie alle, hieran weiter tatkräftig mitzuwirken. Und das tun Sie auch heute und hier: Ich begrüße es sehr, dass Sie

sich im Rahmen dieser Veranstaltung in Workshops mit dem anstehenden Generationenwechsel im Rahmen des demographischen Wandels, der Organisation des Eildienstes und der Richterassistenz befassen. Das sind Themen, die über den Tag hinausweisende Bedeutung für die Justiz haben. Ich bin daher sehr an den Ergebnissen Ihrer Diskussionen interessiert und ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam an Lösungen der anstehenden Herausforderungen zu arbeiten, um unsere Justiz in NRW zukunftsfähig zu machen und zu halten.

#### Gemeinsam Lösungen für die Justiz finden

Ich wünsche Ihnen einen fruchtbaren Gedankenaustausch, danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Fortsetzung des bereits zur Tradition gewordenen Amtsrichtertages in zwei Jahren.

Gutes Gelingen!

Seit 1890

**Roben**

für Richter, Anwälte,  
Protokollführer in  
hervorragender  
Qualität.



Gerne senden wir  
Ihnen ein Angebot  
mit unseren 10  
versch. Stoffproben

*F.W. Jul. Assmann*

**Maßanfertigung und  
Konfektionsgrößen zu  
gleichen Preisen**  
(ab 215,- zzgl. MwSt.)

F.W. Jul. Assmann  
Postfach 1130,  
58461 Lüdenscheid  
Tel. ++49 2351/22 492  
Fax: ++49 2351/38 08 66  
jurist@f-w-jul-assmann.de  
www.f-w-jul-assmann.de

**MERINO ROBEN**

FÜR HÖCHSTE ANSPRÜCHE!

**TRAGEKOMFORT**  
Sie werden keine leichtere  
Robe mit angenehmeren  
Trageeigenschaften finden,  
als die **Robe ELITE**.

**DIE REINE NATUR**  
Die Richter/Staatsanwaltsrobe  
**ELITE** hat hochwertige Samt-  
besätze aus 100% Baumwolle.

**FEINSTE SCHURWOLLE**  
Der Oberstoff ist aus sehr  
hochwertiger, **superleichter**  
Schurwolle. Feinstes Merino-  
Kammgarn!

**AB HERSTELLER**  
Die **Robe ELITE** kaufen Sie  
bei uns direkt ab Hersteller!

**www.roben-shop.de**

**NATTERER**  
Profi Design NATTERER GmbH  
73730 Esslingen a.N.  
Zeppelinstrasse 136  
Telefon 0711/3166980







## Workshop Generationenwechsel/Wissenstransfer

Der Workshop begann mit einer interessanten Einführung in das Thema Generationenwechsel in der Justiz NRW durch RinAG Doris Goß (Meschede). Sie stellte die erheblichen Auswirkungen auf die Justiz vor dem Hintergrund der Zahlen von Neueinstellungen in den letzten Jahren dar. Die Teilnehmer waren sich schnell darüber einig, dass in der Situation einer Pensionierungswelle dringend über Formen des Wissenstransfers nachgedacht werden muss. Dabei geht es weniger um rechtliche Kenntnisse, die bei den neu eingestellten Kolleg-inn-en vorhanden sind, als um die Vermittlung des Handlungswissens. Ein Teilnehmer formulierte plakativ: „die jungen Richter müssen lernen, wie sie die Akte vom Tisch kriegen und das lernt man nicht allein aus Büchern“.

Die Teilnehmer näherten sich dann dem Thema durch einen Erfahrungsaustausch über bereits praktizierte Formen des Wissenstransfers. In diesem Rahmen stellte RAG Jürgen Mannebeck (Köln) das dort eingeführte Mentorenmodell vor. Das Kölner Modell setzt einen erfahrenen pensionierten Richter als Ansprechpartner für junge Richter ein. Ihm steht ein Büro inklusive technischer Ausstattung im Gericht zur Verfügung. Auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages ist der Mentor täglich im Gericht ansprechbar und telefonisch erreichbar. Dabei steht im Vordergrund, den jungen Kollegen anhand der konkreten Akte Hilfestellung zu geben.

Ein weiterer Teilnehmer berichtete, dass beim AG Hagen regelmäßige Besprechungsrunden in der Familienabteilung

eingeführt worden sind, um für neue Kollegen die aktuellen Fragen des Familienrechts zu beleuchten und Fragen zu beantworten. Gleichzeitig tauschen sich die erfahreneren Kollegen in diesen Runden aus. Kollegen aus „kleineren“ Gerichten, die an ihrer Behörde keinen Ansprechpartner haben, wird ebenfalls die Gelegenheit gegeben, an diesen Besprechungsrunden teilzunehmen.

Als weitere Möglichkeiten des Wissenstransfers wurde über die Gruppen der kollegialen Beratung und die Möglichkeit der Intervision berichtet, um den Wissenstransfer z. B. auch auf den Bereich der mündlichen Verhandlung auszudehnen. Ebenfalls existieren auf Ebene des Bundesverbandes des Deutschen Richterbundes Web 2.0 Ansätze in Form eines Wikis und eines Internetforums für junge Richterinnen.

In einem nächsten Schritt begaben sich die Teilnehmer auf Vorschlag der beiden Moderatoren in ein Brainstorming über die Frage, wie eine ideale Situation des Wissenstransfers aussehen müsste. Dabei kristallisierte sich ein 2-Säulen-Modell als bevorzugte Lösung heraus. Die erste Säule besteht dabei aus einer Betreuung des einzelnen neuen Kollegen durch einen Ansprechpartner oder Mentor, flankiert durch die zweite Säule in Form von regelmäßigen Besprechungen innerhalb der jeweiligen Abteilungen. Wichtig war den Teilnehmern dabei, dass diese Betreuung ortsnahe und möglichst konkret am einzelnen Fall erfolgt. Die Wiedereinführung der so genannten „Richterkindergärten“ am OLG-Sitz wur-

de auch aufgrund des erheblichen Aufwandes nicht befürwortet.

Weiter wurde schnell klar, dass die wichtige Aufgabe des Wissenstransfers nicht allein auf den guten Willen einzelner setzen kann. Für diese zeit- und arbeitsaufwändige Einarbeitung muss eine Entlastung ermöglicht werden. Aus Sicht der Teilnehmer muss für die Einarbeitung neuer Kollegen, die unzweifelhaft eine richterliche Aufgabe ist, ein PebbSy-Produkt geschaffen werden. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Ausbildung von Referendaren im Rahmen von PebbSy Berücksichtigung findet, nicht aber der Wissenstransfer an den elementar wichtigen Nachwuchs der Justiz.

Alternativ können – wie im Kölner Modell praktiziert – pensionierte Kollegen im Rahmen von Dienstleistungsverträgen eingesetzt werden. Dafür könnten möglicherweise auch neue Modelle in einer Kombination von Altersteilzeit und Dienstleistungsverträgen geschaffen werden. Auch wäre es sehr wünschenswert, wenn im Rahmen der Personalplanung grundsätzlich eine zeitliche Überschneidung zwischen dem vor der Pension stehenden Richter und seinem Nachfolger berücksichtigt werden könnte.

Ein ganz zentraler Punkt im Rahmen jeder Form von Betreuung durch Mentoren ist die Auswahl der Kolleg-inn-en. Um hier auch schon den Eindruck der „Verwaltungsnähe“ zu vermeiden, favorisierte der Workshop eine Auswahl über die örtlichen Richteräte. Die Unabhängigkeit des Mentors von Beurteilungsstrukturen

wurde allgemein als unverzichtbar angesehen, um eine unbefangene und offene Gesprächskultur zu ermöglichen.

Die Workshopteilnehmer formulierten einhellig den dringenden Appell an die Justizverwaltung, sich dem Thema Wissenstransfer intensiver zu widmen. Dieses Thema sollte strukturell aufgestellt und nicht der Initiative einzelner Kollegen überlassen werden.

Christian Happe, zzt. JAK Recklinghausen  
Doris Goß, Meschede

## Workshop Eildienst

**Amtsrichter unzufrieden mit den organisatorischen Rahmenbedingungen und dem Belastungsausgleich**

Die Teilnahme von 28 Amtsrichter-innen\*) spiegelt das große Interesse an dem Thema Eildienst wider. Die folgende Diskussion machte deutlich, dass dieser Bereich amtsrichterlicher Arbeit nach wie vor zahlreiche Gemüter erregt.

Die beiden Moderatoren führten zunächst mit einem Impulsreferat in das Thema ein. In Kürze wurden die BVerfG-Rechtsprechung dazu seit Anfang des neuen Jahrtausends (zuletzt Beschluss v. 24. 2. 2011 – 2 BvR 1596/10, 2 BvR 2346/10 –) sowie die Entscheidungen des 3. und 4. Senats des OLG Hamm aus dem Jahr 2009 angesprochen. Auch die in der bisherigen Diskussion kaum behandelte Problematik des Haftungsrisikos des Ermittlungsrichters (vgl. Caspari, DRiZ 2010/348 ff.) wurde beleuchtet. Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass nach Peßby für den richterlichen Bereitschaftsdienst pro Jahr und Amtsgericht generell 25 600 Minuten angesetzt werden.

Anschließend berichtete RAG Gerrit Zengerling, Bielefeld, über die personellen und organisatorischen Auswirkungen des beim AG Bielefeld als Folge der Entscheidung des 3. Senats des OLG Hamm vom August 2009 eingerichteten nächtlichen Bereitschaftsdienstes.

Solchermaßen auf das Thema eingestimmt, begann unter den Teilnehmern schnell eine muntere Diskussion.

Am meisten interessierten die Rahmenbedingungen des Eildienstes. Dabei setzte die Diskussion bei der Frage an, wie Anträge durch die Polizei bzw. Staatsanwaltschaft zum Richter zu gelangen haben. Viele Teilnehmer berichteten von telefonischer Antragstellung vornehmlich durch die Polizeidienststellen. Schnell waren die Teilnehmer sich einig, dass die schriftliche Übermittlung des Antrags an den Eildiensttrichter den Regelfall darstellen muss. Nur die schriftliche Übermittlung der Anträge werde dem Rechtsstaatsprinzip gerecht, das eine Überprüfbarkeit der Entscheidung und damit auch des zu Grunde gelegten Sachverhalts fordere. Nur im Falle schriftlicher Antragstellung und Beschlussfassung werde sichergestellt, dass Übertragungs- und Verständnisfehler, die bei einer telefonischen Antragsweitergabe auf Seiten der antragstellenden Behörde bzw. des Eildiensttrichters entstehen können, ausgeschlossen seien. Dem in diesem Zusammenhang von den Polizeibeamten vielfach geäußerten Hinweis auf die Einschränkung des Ermittlungserfolgs in-

\*) aus Gründen besserer Lesbarkeit wird nachfolgend lediglich die männliche Schreibweise verwendet



**50 JAHRE  
WESTFÄLISCHES  
KINDERDORF E.V.**

## Ihre Bußgeldzuweisung ... ... gibt misshandelten und vernachlässigten jungen Menschen eine neue Heimat!

Sie hilft über 300 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu einer neuen Heimat in Kinderdorffamilien und Wohngruppen. Sie trägt dazu bei, dass wir auch in Zukunft die richtigen Antworten auf die Notlagen junger Menschen geben können.

### Ihre Bußgeldzuweisung

- sichert den hohen Standard unserer Hilfen und ermöglicht es, unsere Betreuungsangebote weiter an die Bedürfnisse benachteiligter junger Menschen anzupassen;
- trägt dazu bei, unsere Einrichtungen zu erhalten, zu renovieren oder auszubauen;
- macht die Finanzierung besonderer Therapien und Förderungen, Ferienveranstaltungen und Freizeitangebote erst möglich.

Seit mehr als 40 Jahren bieten wir den Gerichten jede notwendige Sicherheit: Bearbeitung Ihrer Bußgeldzuweisung durch geschulte und erfahrene Mitarbeiterinnen; Zahlungsbestätigung, Kontoauszüge, Hinweise auf säumige Zahler etc. senden wir Ihnen tagesaktuell und unaufgefordert zu. Und selbstverständlich stellen wir für Geldbußen keine Spendenquittungen aus.

Für den verantwortungsvollen Umgang mit den anvertrauten Geldern bürgt auch das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI).

Gern senden wir Ihnen weitere Infos zu und stellen Ihnen zur Arbeitserleichterung vorbereitete Adressaufkleber zur Verfügung.

**www.wekido.de**

**Westfälisches Kinderdorf e.V.**

Haterbusch 32, 33102 Paderborn  
Telefon: 0 52 51 | 89 71 - 0

Fax: 0 52 51 | 89 71 - 20

E-Mail: info@wekido.de

**Bußgeldkonto:**

Sparkasse Paderborn (BLZ 472 501 01) Konto-Nr. 117





folge Zeitverzögerung durch schriftliche Abfassung eines Vermerks könne mit Hinweis auf „Gefahr in Verzug“ begegnet werden. Gerade bei jüngeren bzw. unerfahrenen Richtern werde durch die telefonische Übermittlung eines Antrags ein erheblicher Druck erzeugt, antragsgemäß zu entscheiden. Die schriftliche Übermittlung von Anträgen gewährleiste darüber hinaus, dass die Tätigkeit des Ermittlungsrichters pennenmäßig erfasst werde, was im Falle telefonischer Übermittlung vielfach nicht der Fall sei.

In technischer Hinsicht wurde gefordert, dass der Dienstherr die technischen Voraussetzungen für eine moderne Ausstattung des Eildienstes schaffe. Derzeit werde der Eildienst entweder von zuhause auf telefonische Anforderung oder im Wege des Präsenz-Eildienstes im Gerichtsgebäude oder einem anderen Gebäude durchgeführt. Die viel gelobte Mobilität durch die von den Gerichtsverwaltungen angeschafften Diensthandys gehe vielfach ins Leere, da bereits jede Autofahrt mit dem Dienst-Handy den Bereitschaftsrichter der Gefahr eines Bußgeldes aussetzt. Ein UMTS-fähiges, kompaktes Netbook mit Mobil-Drucker würde eine wesentlich flexiblere Ausgestaltung des Eildienstes ermöglichen. Der Richter könne sich mit einer derartigen Ausstattung während des Eildienstes freier bewegen als derzeit und hätte die auf dem Kompakt-Rechner gespeicherten Formulare stets griffbereit. Ebenso wurden E-Mail-fähige Handys als Mindestanforderung für die Übermittlung schriftlicher Anträge genannt, wobei es Aufgabe des Dienstherrn sei, unter dem Gesichtspunkt der Datensicherheit sicheren E-Mail-Verkehr zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit der technischen Übermittlung von Anträgen wurde vorgeschlagen, dass der Deutsche Richterbund zusammen mit dem Innenministerium Standards für die Gestaltung des Eildienstes schaffen solle.

Die weitere Diskussion zeigte, dass insbesondere größere Amtsgerichte Präsenz-Eildienste eingerichtet haben. In mehreren Fällen wurde der Eildienst in Räumen der Polizei ausgeübt. Teilweise seien diese Räume als Außenstelle des jeweiligen Amtsgerichts gekennzeichnet, teilweise nicht. In beiden Fällen könne bei Außenstehenden der Eindruck entstehen, dass der Ermittlungsrichter der Erfüllungsgehilfe der Polizeibehörde sei. Die Gewaltenteilung erfordere auch eine klare räumliche Unterscheidbarkeit nach Polizei-

dienststelle und Gericht. Hinzu komme, dass in den Polizeidienststellen nicht die Möglichkeit besteht, auf Akten zurückzugreifen, und auch auf die elektronische Bibliothek (Juris, Beck) verzichtet werden muss. Es herrschte daher Einigkeit bei der Forderung, auch Präsenz-Eildienst künftig in den jeweiligen Gerichtsgebäuden ausüben zu können. Gleichzeitig sei ausreichende personelle Unterstützung durch Wachtmeister und Servicekräfte durch die Gerichtsverwaltungen zu gewährleisten. Richterlicher Eildienst sei vom Gesetzgeber vorgeschrieben, daher habe der Dienstherr auch die notwendigen Rahmenbedingungen zu dessen ordnungsgemäßen Durchführung zur Verfügung zu stellen. Ob der Eildienst generell im Sinne einer Rufbereitschaft oder als Präsenz-Eildienst ausgestaltet sein solle, solle auf die örtlichen Gegebenheiten, insbesondere auf den Bedarf an Eildienst-Tätigkeiten abgestimmt werden.

Ein weiteres Thema war die Frage, welche Richter zum Eildienst herangezogen werden sollen. Die grundsätzliche Heranziehung der Landrichter zum Bereitschaftsdienst wurde einhellig befürwortet und der Dienstherr aufgefordert, die notwendigen gesetzlichen sowie organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Kontrovers wurde dagegen erörtert, ob Proberichter erst nach zwölfmonatiger Dienstzeit Eildienst leisten dürfen. Dabei wurde auf die Regelungen der §§ 23 b Abs. 3 S. 2, 23 c Abs. 2 S. 2 GVG abgestellt, die vorsehen, dass Proberichter erst nach Ablauf von zwölf Monaten mit Familien- und Betreuungssachen befasst werden dürfen. Der Vorschlag, Proberichter generell erst nach Ablauf von zwölf

Monaten in den Eildienst mit einzubeziehen, fand letztlich keine Mehrheit, da Eilentscheidungen in Familien- und Betreuungssachen sehr selten seien. Hier sei der Gesetzgeber zur Klarstellung aufgerufen. Einigkeit herrschte dagegen, insbesondere bei größeren und großen Amtsgerichten, den Eildienst nach Sachgebieten aufzuteilen, da bei diesen Gerichten ohnehin stets mehrere Richter Eildienst gleichzeitig versehen müssten.

Die weitere Diskussion widmete sich dem Belastungsausgleich. Gleich zu Beginn wurde festgestellt, dass richterliche Anordnungen nach dem PolG NW pennenmäßig derzeit nicht erfasst werden. Der Dienstherr wird aufgefordert, hierzu umgehend Abhilfe zu schaffen. Insgesamt wurde die Berücksichtigung der aufgewandten Eildienstzeit insbesondere am Wochenende im Richterpensum als unbefriedigend empfunden. Ein Vergleich mit dem ärztlichen Bereitschaftsdienst wurde gezogen. Es wurde gefordert, den Eildienst als eigenes Peßßy-Produkt zu erfassen. Dabei müsse – anders als bisher – Berücksichtigung finden, dass größere Amtsgerichte den Eildienst mit höherem Personalaufwand absolvieren müssten als mittlere und kleinere. Mehr Eildiensttätigkeit falle wegen § 162 I StPO bei den Amtsgerichten an, in deren Bezirk die StA ihren Sitz hat.

Die Teilnehmer hätten gerne noch weiter diskutiert, Themen gab es noch genug. Wegen Zeitablaufs musste die Diskussion an dieser Stelle jedoch abgebrochen werden.

**RinAG Heike Kremer, Köln**  
**RAG Jörg Werner, Geldern**





# Workshop Richterassistenz

Was versteht man eigentlich unter „Richterassistenz“? Um diese Frage kreiste immer wieder die Diskussion in der Arbeitsgruppe.

Nach kurzer Analyse wurde deutlich, dass man diesen Begriff auf drei Ebenen der richterlichen Arbeitswelt beziehen kann:

1. die Ebene der Ausstattung des Arbeitsplatzes mit Arbeitsmitteln und deren Wartung (insbesondere mit Computern nach dem aktuellen Stand der Technik, einer gut funktionierenden Software, aber auch mit Literatur, Schreibzeug etc.),
2. die Ebene der Erstellung und der Umsetzung von Verfügungen (Aktenebene)
3. die Ebene echter inhaltlicher Zuarbeit (wie sie z. B. durch wissenschaftliche Mitarbeiter oder gut qualifizierte Referendarinnen in der Wahlstation erfolgen kann).

„Richterassistenz bedeutet eine organisatorische, technische und inhaltliche Unterstützung zur richterlichen Entscheidungsfindung durch qualifizierte Kräfte.“ lautet folgerichtig die Definition, auf die sich die Arbeitsgruppe in ihrem Abschlusspapier verständigt hat.

Herkömmlicherweise wird indes unter dem Begriff „Richterassistenz“ lediglich erörtert, inwiefern die tägliche Arbeitsroutine eines Richters auch Tätigkeiten umfasst, die nicht zwingend von einem Richter ausgeführt werden müssen und deshalb zu seiner Entlastung auf andere Mitarbeiter übertragen werden können bzw. sollen (2. Ebene). Von dieser Vorstellung ist jedenfalls der Abschlussbericht der länderübergreifenden Arbeitsgruppe von Baden-Württemberg, NRW und Sachsen geprägt.

Wenngleich die 21 Personen umfassende Arbeitsgruppe (darunter auch die als Gast teilnehmende rechtspolitische Sprecherin der LT-Fraktion der Grünen, Dagmar Hanses) aus aktuellem Anlass hier einen Schwerpunkt gesetzt hat, war sie sich schnell einig, dass dies begrifflich zu kurz gegriffen ist; geht es in diesem Sinne doch zumeist nur um die Rückverlagerung von Aufgaben, die eigentlich ohnehin von der Serviceeinheit zu erledigen wären.

Die derzeit häufig anzutreffende Praxis der (Mit-)Erledigung von originären Ge-

schäftsstellenaufgaben durch den Richter kann daher auch treffender mit „Geschäftsstellenassistenz (durch den Richter)“ beschrieben werden, deren Rückgängigmachung keine „echte“ Richterassistenz ist.

In der Diskussion wurde deutlich, dass in der bestehenden Arbeitswelt die rechtlichen Regelungen zur Aufgabenverteilung zwischen Geschäftsstelle und Richter (z. B. § 4 Geschäftsstellenordnung) häufig unbekannt sind oder bei der Organisation der täglichen Arbeitsabläufe ignoriert werden. Eine solche klare Aufgabenzuweisung nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften lassen auch die aktuellen Formulare in Judica/TSJ vermissen, die oftmals von den Richtern Verfügungen abverlangen, die nach der Geschäftsstellenordnung eindeutig den Serviceeinheiten zugewiesen sind.

Die Arbeitsgruppe hielt es daher für sinnvoll, wenn die Serviceeinheiten die ihnen gesetzlich zugewiesenen Aufgaben selbstständig erledigen könnten und würden, damit der Richter wieder mehr Zeit hat, sich seiner eigentlichen Tätigkeit – der Rechtspflege – zu widmen. Dies setzt allerdings voraus, dass im Unterstützungsbereich das dazu erforderliche Personal zur Verfügung gestellt und durch Aus- und Fortbildung entsprechend qualifiziert wird.

Gleichzeitig bestand Einigkeit dahin, dass eine gut funktionierende Zusammenarbeit ungeachtet formaler Zuständigkeitszuweisungen nur dann gelingen kann, wenn beide Teile Verständnis für die jeweils andere Seite des Schreibtisches haben und ihre Arbeitsweisen nach Möglichkeit entsprechend einrichten.

In der Arbeitsgruppe berichteten Kollegen auch über ihre positiven Erfahrungen mit Serviceeinheiten, die nach Rücksprache mit den Richtern weitere Aufgaben selbstständig erledigen. Während sich der Aktenumlauf erheblich senkte, stieg bei den Servicekräften die Motivation und die Arbeitszufriedenheit.

Denkbar ist auch, dass Unterstützungskräfte (Serviceeinheiten?) nach Absprache mit dem Richter Telefon- und Terminmanagement übernehmen. Dies setzt einerseits eine durch kontinuierliche Zusammenarbeit mit den eingesetzten Kräften möglich gewordene Abstimmung der Ar-

beitsabläufe voraus und erfordert andererseits eine Besoldungsstruktur für den nachgeordneten Bereich, die eine qualifizierte Zusammenarbeit angemessen berücksichtigt.

Eine weitaus interessantere Diskussion drehte sich um die Fragen, ob eine inhaltliche Zuarbeit erforderlich, wünschenswert und machbar ist und wer diese leisten soll (3. Ebene). Ausgangspunkt aller Überlegungen ist die richterliche Unabhängigkeit und die Kernaufgabe des Richters – die Entscheidungsfindung. So war schnell ein weiteres Postulat gefunden, das jeder Diskussion über eine inhaltliche Richterassistenz voranzustellen ist: „Richterassistenz muss unter Berücksichtigung der richterlichen Unabhängigkeit sicherstellen, dass die volle Entscheidungshoheit beim Richter verbleibt.“

Zur Unterstützung können bekanntlich Sachverständige hinzugezogen werden. Soll weitere (fachfremde) Hilfe in Anspruch genommen werden? Beispiel Wirtschaftsjuristen. Sollen für Gutachtenentwürfe, Aktenauszüge, Literaturrecherche u. Ä. Unterstützungskräfte hinzugezogen werden? Und wer kann und soll das leisten? Nach kurzem Ideenaustausch konnte der Ausgangspunkt deutlicher fixiert werden. Es ist eindeutig: „Eine Abgabe von richterlichen Aufgaben ist keine Assistenz, sondern eine Aushöhlung der bewährten Justizstrukturen.“

Jede denkbare Form von inhaltlicher Unterstützung richterlicher Tätigkeit (z. B. durch fachübergreifende Beratung im Sinne eines institutionalisiert verfügbaren Sachverständigenwissens oder durch einen zu organisierenden Pool besonders qualifizierter „Referendarassistenten“) wird sich an diesen Voraussetzungen orientieren müssen.

Viele offene Fragen, die in der Arbeitsgruppe nicht abschließend geklärt werden konnten. Eine spannende Diskussion, die in Wechselwirkung zum Berufsbild des (Amts-)Richters steht und der wir uns in der Zukunft noch intensiver widmen sollten.

**Lydia Niewerth, AG Bonn**  
**Christian Frieheff, AG Rahden**

## Eine Begehrensvorstellung

# Arbeitsplatz 2015 – Wahn oder Effizienzsteigerung?

Guten Morgen, liebes Büro.

Die Tür öffnet sich nach der jährlichen Fortbildungswoche auf Knopfdruck. Ins Gebäude kam ich schnell, durchgewinkt vom Wachtmeister, der hier immer Dienst tut, mit seiner Kollegin; auch im Urlaub ist immer einer da, der mich kennt. Keine zeitraubende Suche nach Chip oder Dienstaussweis. Der Kollege mit dem Rollstuhl kommt gerade aus dem Fahrstuhl, als ich aus dem Treppenhaus komme; die Bewegung lasse ich mir nicht nehmen, bei dem hellen, breiten Treppenhaus macht das sogar Freude; der Kollege freut sich aber sehr über den flotten, breiten Aufzug, sagt er.

Mein PC läuft schon, als ich eintrete; hat der Servicemitarbeiter gemacht, der jeden Morgen vor Dienstbeginn die *updates* kontrolliert und Datensicherung betreibt. Kennwort eingegeben, Tasche abgestellt und schon ist alles aufgebaut, was ich zum Arbeiten brauche. Diese neuen, schlanken Rechner sind einfach prima.

Jetzt muss ich mich beeilen, das Dezer-nat vorzusichten, damit ich der Servicekraft gleich die Verfügungen nennen kann, die sie am PC eingibt, das Versäumnisurteil, die Zustellung, aus der Vertretung den Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung ... toll, dass BZR-Auszug und EMA-Auskunft immer schon dem Vorgang beiliegen. Oh –schwieriger Fall! Hier muss ich gleich eine Rechtsprechungsrecherche in Auftrag geben, schon mal notieren.

Gerade wurde im Nachbarzimmer, wo der Laser-Drucker unter Schutzatmosphäre läuft, mein Druckauftrag ausgeführt; ich kann gar nicht glauben, dass diese Schwermetall, Feinstaub und Ozon aus-spuckenden Dinger früher im einzelnen Dienstzimmer lärmten und jede andere Tätigkeit während des Druckvorgangs unmöglich machten.

Jetzt kommt das Papierformular zum Unterzeichnen, getragen von der neuen Botin. Unglaublich, wie schnell die Arbeit durch das viele Personal geworden ist. Der neue Justizminister hat damals angeblich viel Überzeugungsarbeit leisten müssen, aber er ist nicht ohne Grund der dienstälteste in der Republik – Erfolg setzt

sich eben durch. Die Richter und Staatsanwälte haben schnell die gewonnene Zeit in zügigere Verfahrensabschlüsse umgesetzt, was die Produktivität der Justiz enorm beschleunigt hat. Gut, vielleicht arbeiten wir auch besser, weil wir endlich wieder volle Bezüge bekommen, also keine verdeckte Lohnkürzung im Krankheitsfall durch KDP, Reduzierung statt Halbierung des Weihnachts- und Wegfall des Urlaubsgeldes. Vielleicht ist es auch die Sportpause in der kleinen Mehrzweckhalle, die uns frischer und gesünder macht. Leichte Bewegung oder Massage für 15 min am Tag sind einfach klasse, ich bin immer nachher doppelt so frisch.

Nachdem meine Servicekraft wieder weg ist, widme ich mich den inhaltlich anspruchsvollen Sachen, die auf dem Bock geblieben sind; gerade kommt meine Rechercheanfrage wegen der schwierigen Rechtsfrage zurück. Volltreffer! Das Problem hat das OLG schon längst ausgeräumt. Und dazu schreibt der Anwalt so viel ... Nebelkerze? Oder hat er es nicht so gut gewusst? Wahrscheinlich letzteres, die Qualität der gerichtlichen Arbeit liegt weit über dem, was ein Fachanwalt so kann.

Ich diktiere viel, das ist schneller und damit billiger als tippen.

Mein Zweitaccount erlaubt mir einen kurzen Blick in meine private E-Mail: prima, die Versicherung hat gezahlt, ich muss nicht nächste Woche einen halben Tag daheim verbringen, um das zu regeln. Die Öffnung einer zweiten Anschrift ohne Möglichkeit einer Inhaltskontrolle durch den Administrator hält länger am Arbeitsplatz. Den Warnton nach 20 min finde ich fair – ich werde fürs Arbeiten bezahlt, und mehr als 20 min braucht man fast nie für seine Privatpost.

So. Schnell zur Kantine am Ende des Flurs. Hier soll es früher massig Junk- und Fastfood gegeben haben, minderwertige Nahrung aus vorgefertigten Zutaten ... Fertiggericht bei Gericht .... widerlich. Der neue Wirt hat die Portionen kleiner gemacht, dafür gibt es Essen, das vom Anspruch weit über dem Niveau einer Biotonne liegt. Hält fit, spart Behandlungskosten und verhindert Dienstaussfall.

Nach dem Essen fliege ich wieder an die Akten; mein zweiter Mitarbeiter hat für

die Sitzung mit den Anwälten einen der drei möglichen Termine synchronisiert. Keine Kosten, keine Zeitverluste durch Terminverlegungsanträge wegen Kollisionen, und die Erledigungszeit ist auch hier gesunken; der klagende Handwerker kommt schneller an sein Geld.

Gerade kommt der Nachforschungsauftrag wegen des PKH-Antrages zurück. Volltreffer! Die Antragstellerin hat letztes Jahr ein neues Auto gekauft, da wusste sie aber schon, dass sie wegen der Wohnung einen Rechtsstreit haben wird – Bedürftigkeit mutwillig herbeigeführt, PKH abgelehnt, Kosten gespart! Ach – und in der Blech-Sache gibt es eine Rechtsschutzversicherung ... Prima. Die Rechtspflegerin hat schon Kosten gespart, das glaubt man nicht! Hier Unterhaltsansprüche aufgespart, da ein Konto, hier die Versicherung ... das spart jährlich an PKH-Kosten ihre eigenen Bezüge um Faktor x, und in der Sache habe ICH mehr Zeit, mich dem Inhalt des Verfahrens zu widmen.

Nächstes Wochenende habe ich Eildienst; wird hart. Aber dafür gibt es ja zwei Urlaubstage mehr – das passt, und für eine Bereitschaftsvertretung ist auch gesorgt, wenn ich direkt nach dem Eildienst aus arbeitsrechtlichen Gründen einen Tag brauche.

Falls sich wer fragt, warum hier nichts vom „Kaffeekochen“ steht – den bekomme ich von dem netten Kollegen zwei Zimmer weiter; seit wir eine eigene Maschine im Zimmer haben dürfen, treffen wir uns dort immer nachmittags zum „kleinen Senat“. Mal abgesehen davon, dass wir mit den Abteilungsrichtern hier oft schnelle Lösungen finden – mit solchen Kollegen an so einem Arbeitsplatz halte ich es auch meine 42 Wochenstunden und bis zum 67. Lebensjahr oder länger aus.

**Reichen Sie  
die RistA-Hefte weiter  
an die Referendare**

## Beitrittserklärung

Ich erkläre meinen Beitritt zum Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e.V.  
als Landesverband des Deutschen Richterbundes

zur Bezirksgruppe \_\_\_\_\_, mit Wirkung vom \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_ geb.: \_\_\_\_\_

Amtsbezeichnung: \_\_\_\_\_ Dienstort: \_\_\_\_\_

Richter/Richterin auf Probe bitte Einstellungsdatum angeben: \_\_\_\_\_

**(Hinweis: bei Beitritt im ersten Berufsjahr ist das erste Mitgliedsjahr beitragsfrei!)**

Privatanschrift:

\_\_\_\_\_  
(PLZ, Ort)

\_\_\_\_\_  
(Straße)

\_\_\_\_\_  
(E-Mail-Adresse)

Die Mitgliedschaft umfasst grundsätzlich auch den Bezug der Verbandszeitschrift „Deutsche Richterzeitung“ zum Vorzugspreis von derzeit 38,00 € nebst 14,40 € Versandkosten.

☐ Ich möchte die „Deutsche Richterzeitung“ nicht beziehen.

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen e. V. erhebt für die Arbeit des Landesverbandes einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von derzeit 120,00 € zuzüglich der Kosten für die „Deutsche Richterzeitung“. Zusätzlich setzt die jeweilige Bezirksgruppe einen geringen Beitrag für die lokale Arbeit fest.

**In die Übermittlung meiner Anschrift an den Bundesverband zum Zwecke der Erfassung aller Mitglieder des Deutschen Richterbundes durch den Bundesverband willige ich in entsprechender Anwendung von § 4 a Abs. 3 i. V. § 3 Abs. 9 BDSG ein.**

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

## Einzugsermächtigung

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_ Straße: \_\_\_\_\_

Ich ermächtige den Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW e. V., meinen Mitgliedsbeitrag von folgendem Konto bis auf Widerruf abzubuchen:

\_\_\_\_\_  
(Konto-Nr.)

\_\_\_\_\_  
(Name des Instituts)

\_\_\_\_\_  
(Name des Kontoinhabers)

\_\_\_\_\_  
(Bankleitzahl)

Wenn mein/unser Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)



## Für Mitglieder des DRB

# Exklusive Versicherungsangebote

Die Nachteile der derzeitigen R-Besoldung können wir zwar nicht vollends beseitigen. Der Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW bemüht sich aber nach wie vor, den Mitgliedern wirtschaftlich interessante Angebote zu machen. So bietet die Versicherung HDI-Gerling exklusiv für unsere Mitglieder die Möglichkeit, mit erheblichen Nachlässen bei den Beiträgen eine Versicherung zur Alterssicherung (Riester-Rente) abzuschließen. Darüber hinaus ha-

ben wir mit der ARAG einen Partner gefunden, der Mitgliedern rabattierte Rechtsschutzversicherungen anbietet. Außerdem bieten uns verschiedene Anbieter besondere Konditionen für Berufsunfähigkeitsversicherungen an. Die Angebote gelten auch für Ehegatten und Lebenspartner sowie für die Kinder unserer Mitglieder.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.drb-nrw.de/wissenswertes](http://www.drb-nrw.de/wissenswertes) (Menü-

punkt Riester-Rente) oder bei unserem Ansprechpartner für die Versicherungsleistungen

Dipl.-Kfm. (FH) Lars Hermanns

(Lars.Hermanns@tecis.de)

Repräsentant der tecis Finanzdienstleistungen AG, Stolberger Str. 374 d, 50933 Köln, Tel.: 02 21/4 20 60 60, Mobil: 01 78/7 29 96 14

Informationen zur im Mitgliedsbeitrag enthaltenen Diensthaftpflicht- und Schlüsselselversicherung finden Sie unter [www.drb-nrw.de/wissenswertes](http://www.drb-nrw.de/wissenswertes) (Unterpunkt: Vergünstigungen als Richterbundsmitglied).

## Presseerklärung\*

# Hinweis auf den 2. Amtsrichtertag

Unter dem Motto „Auf nach Mülheim!“ treffen sich am 11. 5. 2011 Amtsrichter aus allen Landesteilen in der Stadthalle in Mülheim an der Ruhr, um sich von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr zu aktuellen Fragen dieser größten Richtergruppe auszutauschen.

Der vom Bund der Richter und Staatsanwälte in NRW e. V. (DRB) ausgerichtete Amtsrichtertag findet im jährlichen Wechsel mit dem Staatsanwaltstag jeweils in Mülheim statt.

In einer Zeit, in der die knappe Personalausstattung und Überlastung weiter Teile der Justiz die Tagesdiskussion beherrscht,

wollen sich Richterinnen und Richter gleichzeitig auch mit grundsätzlichen Überlegungen anderer Art befassen. Durch den intensiven Austausch in Workshops formulieren sie eigene Erwartungen an ihr Berufsverständnis und die daraus resultierenden Forderungen an die Politik.

Themen des Amtsrichtertages, der durch ein Grußwort des **Justizministers** des Landes Nordrhein-Westfalen, Herrn **Kutscha**, eingeleitet wird, werden der **Generationenwechsel** in der Justiz und die damit zusammenhängenden Fragen des **Wissens** **transfers** ebenso sein, wie der richterliche **Eil- und Bereitschaftsdienst** und Möglich-

keiten zur effizienteren Gestaltung der Arbeit durch **Richterassistenz**.

Mehr als die Hälfte aller Richter in der Justiz ist in den Amtsgerichten tätig. Sie treffen vielfältige Entscheidungen in Angelegenheiten, die für die Menschen im Land von grundsätzlicher Bedeutung sind, beispielsweise in Familien-, Miet- und anderen zivilrechtlichen Streitigkeiten. Sie urteilen über Fehlverhalten im Straßenverkehr und Straftaten von Jugendlichen sowie Erwachsenen. Sie prägen maßgeblich das Erscheinungsbild der Justiz.

\* des DRB-NRW vom 9. 5. 2011

## Wir gratulieren zum Geburtstag: Juli/August 2011

### zum 60. Geburtstag

- 1. 7. Burkhart Asbeck
- 6. 7. Harald Brandt
- 11. 7. Rita-Elisabeth Crynen
- 14. 7. Wolfgang Löbbert
- 20. 7. Peter Kamp
- 31. 7. Gerwald Hartmann
- 1. 8. Horst Warda
- 9. 8. Hans-Peter Jung
- 16. 8. Karlhans Fuchs
- 28. 8. Johannes Eley

### zum 65. Geburtstag

- 1. 7. Reinhard Hoerschgen
- 2. 7. Clemens-Peter Bösen
- 13. 7. Günther Hallermeier
- 1. 8. Uwe Donner
- 8. 8. Wolfgang Schweer
- 13. 8. Rainer Kowalski
- 15. 8. Karl-Hans Eisen
- 16. 8. Hans-Joachim Poelmann

### zum 70. Geburtstag

- 1. 7. Reiner Capito

- 7. 7. Dr. Bruno Terhorst
- 16. 7. Alfred Klimmer
- 18. 7. Gerd-Rainer Lorenz
- 27. 7. Dr. Herbert Schäfer
- 16. 8. Barbara Helfert
- 18. 8. Hans-Peter Hahn

### zum 75. Geburtstag

- 14. 7. Ibo Minssen
- 17. 7. Theodor Schulte
- 30. 7. Otto Nohlen
- 31. 7. Erika van Laak
- 20. 8. Klaus Urselmann

### und ganz besonders

- 6. 7. Armin Opitz (80 J.)
- 7. 7. Bruno Peters (89 J.)
- 8. 7. Dr. Friedo Ribbert (79 J.)
- 10. 7. Anton Klenke (76 J.)
- 11. 7. Dr. Pia Rumler-Detzel (77 J.)
- 14. 7. Rolf Bachmann (76 J.)
- 17. 7. Dr. Friedrich Wernscheidt (86 J.)
- 27. 7. Norbert Mette (78 J.)

- 29. 7. Walter Otto (82 J.)
- Jobst-Albrecht Peschken (83 J.)
- Klaus Tintelnot (90 J.)
- 3. 8. Dr. Klaus Tilkorn (77 J.)
- 4. 8. Dietrich Leschke (76 J.)
- Dr. Jürgen Walther (78 J.)
- 7. 8. Otto Vehmeyer (95 J.)
- 9. 8. Dr. Eckardt Feuerherdt (76 J.)
- 10. 8. Ingeborg Loos (76 J.)
- 11. 8. Heinrich Zilkens (78 J.)
- 12. 8. Dr. Ingrid Biddermann (80 J.)
- Peter Zeidler (78 J.)
- 13. 8. Dr. Dieter Superczynski (79 J.)
- 15. 8. Kurt Stollenwerk (82 J.)
- 17. 8. Friedhelm Holtmann (76 J.)
- 19. 8. Dietmar Herfs (76 J.)
- 20. 8. Barbara Pegenau (79 J.)
- 23. 8. Dr. Wilfried Neuhaus (81 J.)
- Hermann Weissing (76 J.)
- 24. 8. Harald Stomps (79 J.)
- 25. 8. Johannes Ernst (77 J.)
- Gertrud Hocke (84 J.)
- 26. 8. Friedrich Halbach (85 J.)

## Aus den Bezirken

### Fahrt nach Berlin

Die **Bezirksgruppe Bielefeld** organisierte in der Zeit vom 25. – 26. 3. 2011 eine Fahrt in die Bundeshauptstadt. Die Exkursion behandelte thematisch den modernen Rechtsstaat sowie als Gegenpol die Auswüchse des Unrechtsregimes der DDR. Im Anschluss an die Anreise begann der erste Tag mit einem Empfang durch die Bielefelder MdB Lena Strothmann (CDU) im Abgeordnetenhaus des Deutschen Bundestages. Nach einem interessanten Bericht und einer erfrischenden Diskussion über aktuelle politische Fragen begleitete uns der Besucherdienst in das Reichstagsgebäude, wo uns auf den Tribünen des Plenarsaales ein Vortrag über das Reichstagsgebäude und den Deutschen Bundestag im Allgemeinen und im Besonderen gehalten wurde.

Am Samstag fuhren wir nach Berlin-Hohenschönhausen und besuchten das ehemalige „Stasi-Gefängnis“. Die Führung übernahm ein Zeitzeuge kubanischer Herkunft, der selbst – wenn auch nur kurze Zeit – in dem Gefängnis in den 80er Jahren inhaftiert gewesen ist. Eindrucksvoll schilderte er nicht nur seine eigenen



Gefühle, Gedanken und Erlebnisse aus dieser Zeit, sondern gab einen umfassenden Einblick in 40 Jahre Grausamkeit, deren Ausmaß an dieser Stelle nicht nur ansatzweise dargestellt werden kann. Wir

waren zutiefst betroffen und erschüttert ob des Unrechtes, der Willkür, der Gewalt und des (Psycho-)Terrors, welcher den Insassen seinerzeit zugefügt worden ist. Der bewegende Gefängnis-Besuch beendete den offiziellen Teil einer Bildungsreise, die im nächsten Jahr unter einem anderen Motto fortgeführt werden soll.

**Kai Niesten-Dietrich,**  
Vorsitzender Bezirksgruppe Bielefeld

## Alter Streit – neue Entscheidung

### Referendare als Sitzungsvertreter in Jugendstrafverfahren?

Schon oft waren Jugendrichter nicht begeistert, wenn in Einzelrichterstrafverfahren kein Jugendstaatsanwalt oder wenigstens ein erfahrener Amtsanwalt als Sitzungsvertreter erschien, sondern ein Referendar.

Jetzt hat das LG Duisburg (Beschluss vom 30. 8. 2010 – 33 Qs 204 Js 169/10) mit sehr ausführlicher Begründung dies für zulässig erklärt und den Beschluss eines Amtrichters aufgehoben, der die HV kurzerhand sofort ausgesetzt hatte, weil eine Referendarin die Anklage vertreten sollte.

Kern der Entscheidung ist die (zutreffende) Ansicht, dass die §§ 36,37 JGG, die alle Staatsanwaltschaften verpflichten, wegen des im Jugendrecht vorherrschenden Erziehungsgedankens hierfür besonders befähigte Staatsanwälte als Jugend-

staatsanwälte einzusetzen, lediglich die behördeninterne Organisation betreffen, nicht aber der Regelung in § 142 Abs. 3 GVG entgegenstehen, wonach in Einzelrichterstrafverfahren Amtsanwälte und an deren Stelle auch geeignete Referendare als Sitzungsvertreter eingesetzt werden können.

Dies gelte aber nur, wenn es sich um Einzelfälle handelt und die Referendare vom Ausbilder gut vorbereitet werden und sich nicht während der HV als unfähig erweisen.

Erstaunlich an diesem LG-Beschluss ist, dass es so wenige Entscheidungen zu diesem Thema gibt. Entweder hat hier erstmals ein Jugendrichter seiner Verärgerung Luft gemacht oder es hat ausnahmsweise eine StA gegen eine solche sofortige Aussetzung der HV Beschwerde eingelegt.

## BGH-Skripten

Für alle Freunde des Strafprozessrechts:

Das DRB-Forum hat den 1. Strafsenat des BGH dafür gewonnen, dem DRB zahlreiche Fortbildungsunterlagen/Skripten zum Strafprozessrecht zur Verfügung zu stellen. Die abgedeckten Themengebiete reichen von „Verfahrensfragen in der Hauptverhandlung“ und „Beweisanträge“ bis zu Spezialfragen bei der Erstellung eines Urteils in Wirtschaftsstrafsachen.

Die insgesamt 9 Skripten sind auf der Homepage [www.drb.de](http://www.drb.de) im DRB-Forum zum Herunterladen unter der Rubrik „Strafrecht und Strafverfahrensrecht“ eingestellt.

## BVerfG zu Patchwork-Familien

Nicht die familienrechtlichen Fragen, die das Verfassungsgerichtsurteil vom 25. 1. 2011 zu der Einkommensverteilung bei Unterhaltsansprüchen zweier Ehefrauen aufgeworfen hat, sollen hier beantwortet werden. Anzusprechen ist vielmehr die Art und Weise, in der die Entscheidung langjährige – nahezu einhellige – Rechtsprechung der Familiengerichte, insbesondere des BGH, für verfassungswidrig erklärt hat.

Verkürzt ging es um Folgendes: Die beandstandete familienrechtliche Rechtsprechung ging davon aus, dass die ehelichen Lebensverhältnisse wandelbar seien. Darum wurde bei den ehelichen Lebensverhältnissen, auf die es für den Anspruch der geschiedenen Ehefrau nach § 1578 BGB ankommt, auch der Anspruch der NEUEN Ehefrau berücksichtigt (sog. Dreiteilungsmethode). Dies führte zu einer Kappung der Unterhaltsansprüche der ersten Ehefrau schon auf der BEDARFSEBENE, sie musste sich quasi die ehelichen Lebensverhältnisse mit der neuen Ehefrau teilen.

Dabei wurde der Unterhaltsanspruch einer zweiten Ehefrau nicht auf der Bedarfs-, sondern erst auf der LEISTUNGSEBENE gekappt, auf der auch die sonstigen Erwerbs- und Vermögensverhältnisse und Verpflichtungen des Ehemanns nach § 1581 BGB berücksichtigt wurden.

Das BVerfG sah in dieser Handhabung mangels Bezugs zu den Lebensverhältnissen der früheren Ehe eine Aufhebung der systematischen Differenzierung zwischen Bedarf und Leistungsfähigkeit, die die Grenze richterlicher Rechtsfortbildung überschreitet und zum Nachteil der 1. Ehefrau Art. 2 I GG i.V. mit dem Rechtsstaatprinzip nach Art. 20 III GG verletzt.

Besonderheit des Urteils ist, dass das BVerfG zwar den Bedarf der 1. Ehefrau ohne die Einbeziehung des Unterhalts der 2. Ehefrau beziffert, sich aber für deren Unterhaltsanspruch bei der Behandlung der Leistungsebene auf die bloße Aussage beschränkt, dass der Pflichtige im Entscheidungsfall zur Zahlung des Bedarfsbetrages auch in der Lage gewesen wäre.

Damit ist der Spekulation Tür und Tor geöffnet, wie sich denn jetzt auf der Leistungsebene (§ 1581 BGB) der gleichrangige Unterhalt zweier Ehefrauen berechnet. Gerätselt wird in der Fachliteratur aufgrund der Entscheidungsgründe des Ur-

teils auch darüber, ob sich das BVerfG nicht überhaupt gegen die Dreiteilung der aktuellen Einkünfte ausgesprochen hat und auch bei der Bedarfsberechnung die Berücksichtigung gewisser nach der Scheidung eingetretener veränderter – „wandelbarer“ – sonstiger Umstände, wie sie seit Jahren fester Bestandteil der familienrechtlichen Rechtsprechung sind, für verfassungswidrig hält.

Der Grund der Schwierigkeiten liegt darin, dass Unterhalt fortlaufend gewährt werden muss und sich damit dem jeweiligen Rahmen anpassen muss, der sich vom Zeitpunkt der Scheidung bis zu der aktuellen Situation des Schuldners hinzieht. Hier den Unterhalt der 2. Ehefrau aus der Einkommensberechnung bei der Bestimmung des Bedarfs der 1. Ehefrau zum Scheidungszeitpunkt nach § 1578 BGB herauszunehmen, ist die eine Sache. Ob durch die für verfassungswidrig gehaltene Auslegung auch die allgemeine Handlungsfreiheit des Betroffenen (Art. 2 I GG), hier der 1. Ehefrau, tatsächlich gestört wird, steht aber auf einem anderen Blatt. M. a. W.: Es bedurfte schon einer Ergebnisbetrachtung, aus der zu ersehen war, wie denn die vom BVerfG für richtig gehaltene Behandlung der Anspruchskonkurrenz auf der Leistungs- statt auf der Bedarfsebene zu abweichenden Ergebnissen führte.

Anlass bestand hierzu umso mehr, als die Einrechnung des Unterhalts der 2. Ehefrau im Ergebnis ohne Weiteres auch zur Benachteiligung der 1. Ehefrau führen kann, wenn man sich strikt an die

Vorgaben des Verfassungsgerichts hält und den Bedarf der 1. Ehefrau an der für diese Einkommensberechnung – auch nach Auffassung des BVerfG maßgebenden – Steuerklasse I und dem ihr gegenüber zu berücksichtigenden Berufstätigenbonus ausrichtet, demgegenüber aber bei dem Pflichtigen und der mit ihm zusammenlebenden 2. Ehefrau das um die Steuerklasse III begünstigte tatsächliche Einkommen, den einbehaltenen Erwerbstätigenbonus und den Synergie-Effekt durch das Zusammenleben einrechnet. Dann müsste der Ehemann zwar den ihm nach Abzug des Bedarfs der 1. Ehefrau verbliebenen Selbstbehalt mit der 2. Ehefrau teilen.

Der danach der 2. Ehefrau verbleibende Unterhaltsanteil müsste aber auf der Leistungsebene bei dem Unterhalt der 1. Ehefrau als – unvermeidbare – Verpflichtung abgezogen werden. Vergleicht man dann, was hiernach der 1. Ehefrau einerseits und der 2. Ehefrau mit dem Schuldner andererseits im Ergebnis verbleibt, stößt man aufgrund der Einkommensvorteile der 2. Ehe auf ein der 1. Ehefrau zum Nachteil gereichendes Missverhältnis, wenn man ihr nicht auch die Einkommensvorteile der 2. Ehe zugutehält.

Die durch das Urteil hervorgerufene Verwirrung ist damit perfekt und möglicherweise ein anderer Weg kaum gangbar, als die Anspruchskonkurrenz nach bisheriger Dreiteilungsmethode auf der Leistungsebene abzuhandeln. Darauf weisen bereits namhafte Autoren hin.

### Untersuchungshaftrecht

## Die Neuregelung im Überblick

Am 1. 1. 2010 ist das Bundesgesetz zur Änderung des Untersuchungshaftrechts in Kraft getreten. Infolge der Föderalismusreform liegt beim Bund noch die Gesetzgebungskompetenz für das „Ob“ der Haft und für Beschränkungen des Gefangenen, die der „Zweck der Untersuchungshaft“ erfordert. Die Regelungskompetenz für den Haftvollzug erhielten die Länder. In NRW bildet seit dem 1. 3. 2010 das UVollzG NRW die Rechtsgrundlage für den Vollzug der Untersuchungshaft. Es finden sich Regelungen zum Schutz der Privat- und Intimsphäre, zur Zusammenarbeit

der Haftanstalten mit StA und Gericht sowie mehr Hilfsangebote und mehr Angebote zur Gestaltung der Haftzeit. Für Beschränkungen der Rechte des Gefangenen aus Gründen der Sicherheit und Ordnung in den Anstalten ist nun die Anstaltsleitung und nicht mehr der Haftrichter zuständig. Das UVollzG NRW gilt nicht nur für die U-Haft, sondern findet entsprechende Anwendung auf den Vollzug der gemäß § 127b II, § 230 Absatz II, §§ 236, 329 IV S. 1 und § 412 S. 1 StPO angeordneten Haft, auf den Vollzug der Unterbringung gemäß § 275a V StPO und auf den Vollzug



der Sicherungshaft gemäß § 453c I StPO (Gesetzestext unter [www.justiz.nrw.de](http://www.justiz.nrw.de)).

## StPO-Novelle

Das Gesetz integriert den dem Bund verbliebenen Regelungsbereich in die StPO. Darüber hinaus werden Forderungen aus der Rechtsprechung nach besserer und schnellerer Information der Verhafteten umgesetzt. Die Neuregelung des U-Haftrechts stärkt die Rechte der Beschuldigten bei der Freiheitsentziehung im Strafverfahren, sie belastet aber auch die Praxis durch deutlich spürbare Mehrarbeit und Bürokratie.

Die StPO-Novelle begründet in § 140 für die Vollstreckung von U-Haft einen Fall der notwendigen Verteidigung, erweitert das Akteneinsichtsrecht und konkretisiert die Beschränkungen, die dem Verhafteten über die Freiheitsentziehung hinaus auferlegt werden können. Die neu gefassten §§ 114 a bis e enthalten darüber hinaus umfangreiche Pflichten zur Bekanntgabe des Haftbefehls bei der Verhaftung, zur Information, Belehrung und Benachrichtigung Dritter bei der Festnahme und zum Informationsaustausch zwischen Gericht, StA und JVA. Diese Vorschriften gelten auch für die vorläufige Festnahme, die Hauptverhandlungshaft und die Freiheitsentziehung zur Feststellung der Identität.

### Die Änderungen im Einzelnen

Pflichtverteidigung, Informations-, Belehrungs- und Benachrichtigungspflichten, beschränkende Anordnungen, Rechtsschutzmöglichkeiten

### Pflichtverteidigung

Wird gegen den Beschuldigten U-Haft oder einstweilige Unterbringung nach §§ 126 a oder 275 a vollstreckt, liegt nach der Neuregelung gem. § 140 I Nr. 4 ein Fall notwendiger Verteidigung vor. Nach § 141 III S. 4 hat der Beschuldigte Anspruch darauf, dass ihm in dem Moment („unverzüglich“) ein Verteidiger beigeordnet wird, in dem die Untersuchungshaft vollstreckt wird. Nach der alten Regelung des § 117 IV war das erst nach drei Monaten Haftzeit vorgesehen. Die Frage, was unverzüglich heißt, kann unter Heranziehung des § 142 I beantwortet werden. Der Beschuldigte soll danach Gelegenheit erhalten, vor der Bestellung eines Verteidigers innerhalb einer bestimmten Frist einen Verteidiger seiner Wahl zu benennen. Der Anforderung „unverzüglich“ dürfte man daher gerecht werden, indem

man den Beschuldigten bei der Verhaftung darüber belehrt, dass ihm bei der Vollstreckung des Haftbefehls ein Pflichtverteidiger beizuordnen ist und ihn befragt, ob er schon einen Verteidiger beauftragt hat, ob er binnen einer Woche dem Gericht einen Verteidiger mitteilen möchte oder ob das Gericht ihm einen Verteidiger bestellen soll.

### Informationspflichten und Akteneinsichtsrecht

Der Gesetzgeber hielt die Informationspflichten gegenüber Verhafteten nach alter Rechtslage für unzureichend normiert. Für den Beschuldigten ist es zur Wahrung seiner Interessen von großer Bedeutung, die Begründung der Festnahme und die erhobenen Vorwürfe zu erfahren.

Nach der Neuregelung ist dem Beschuldigten daher grundsätzlich bei der Verhaftung eine Abschrift des Haftbefehls, ggf. mit Übersetzung, auszuhändigen. Ist das nicht möglich, müssen dem Beschuldigten die Gründe für seine Verhaftung und die Vorwürfe gegen ihn mündlich in einer ihm verständlichen Sprache sofort mitgeteilt werden. Die Aushändigung der schriftlichen Unterlagen ist unverzüglich nachzuholen. In der Praxis bietet es sich an, dem anwesenden Dolmetscher eine Abschrift des Haftbefehls auszuhändigen und ihn mit dessen schriftlicher Übersetzung zu beauftragen, so dass ein übersetzter Haftbefehl möglichst bald nachgereicht werden kann. Entsprechend der Idee der frühzeitigen Unterrichtung normiert § 147 II 2 nun, dass dem Verteidiger des Inhaftierten die für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung wesentlichen Informationen in geeigneter Form (idR durch Akteneinsicht) zugänglich zu machen sind. Der anwaltlose Beschuldigte kann im selben Umfang Auskünfte und Abschriften verlangen. Unverändert geblieben ist allerdings der § 147 II 1, wonach Akteneinsicht bei Gefährdung des Untersuchungszweckes verweigert werden kann.

### Belehrungspflichten

Mit der Neuregelung in § 114 b soll sichergestellt werden, dass der Beschuldigte so zeitnah wie möglich über seine Rechte belehrt wird. Der Beschuldigte ist daher unverzüglich und schriftlich in einer ihm verständlichen Sprache über seine Rechte zu belehren. Ist die schriftliche Belehrung nicht möglich, ist unverzüglich mündlich zu belehren und die schriftliche Belehrung (diesmal nicht unverzüglich)

nachzuholen. Die bisher dem Haftrichter vorbehaltene Belehrung hat zusätzlich bereits bei der Festnahme des Beschuldigten durch die Polizei oder die StA zu erfolgen.

In der Praxis kann ihm das Formblatt zu § 114 b ausgehändigt werden, das unter folgendem Link [http://www.bmj.bund.de/enid/693a6f82d65d024364404b879bfd16b7,0/Fachinformationen/Belehrungsformulare\\_1mi.html](http://www.bmj.bund.de/enid/693a6f82d65d024364404b879bfd16b7,0/Fachinformationen/Belehrungsformulare_1mi.html) auch in einer Reihe anderer Landessprachen verfügbar ist.

### Benachrichtigungsrechte und -pflichten

Der neue § 114 c regelt die Benachrichtigungsrechte und -pflichten von Angehörigen und Vertrauenspersonen von Festgenommenen. Die Vorschrift erstreckt sich auch auf vorläufig Festgenommene. Dem Beschuldigten ist, auch schon vor der Vorführung vor den Richter, die tatsächliche Gelegenheit zu geben, einen Angehörigen oder Vertrauten zu benachrichtigen. Einschränkungen sind nur bei Gefährdung des Untersuchungszweckes zulässig. Gemeint ist aber nicht, dass der Beschuldigte sofort und unter Verwendung jedes denkbaren Kommunikationsmittels in eigener Person Kontakt aufnehmen kann. Es soll nur sichergestellt sein, dass die Strafverfolgungsbehörden unverzüglich nach der Festnahme, also ohne schuldhaftes Zögern, die Benachrichtigung ermöglichen.

### Beschränkende Anordnungen

Die Änderung der Vorschrift des alten § 119 III, die in 119 I nF präzisiert wird, bedeutet wohl die größte Umstellung in der Praxis. Das alte Regel-Ausnahme-Verhältnis zwischen regelmäßigen Eingriffen in die verbliebenen Freiheiten des Inhaftierten durch Postkontrolle und Überwachung von Telefonaten und Besuchen etc. und deren ausnahmsweiser Aufhebung ist umgekehrt worden. Es gibt keine standardmäßige Beschränkung mehr, sondern jede einzelne Beschränkung muss ausdrücklich angeordnet werden. Das Haftgericht soll so in jedem Einzelfall jede Anordnung auf ihre konkrete Erforderlichkeit überprüfen, um der Unschuldsvermutung Rechnung zu tragen. In der Praxis macht dies einen gesonderten Beschluss zum Aufnahmemeasures erforderlich, in dem festgehalten wird, ob z. B. der Empfang von Besuch oder die Telekommunikation der Erlaubnis bedarf, oder zu überwachen

ist, ob der Schriftverkehr zu überwachen ist etc. Die Beschränkungen dürfen nur auferlegt werden, soweit dies zur Abwehr einer Flucht-, Verdunkelungs- oder Wiederholungsgefahr erforderlich ist. Nur wenn aus dem Verfahren heraus eine Beschränkung zu rechtfertigen ist, ist also der Richter für deren Anordnung zuständig und darf sie anordnen. Die Beschränkungen, die bisher routinemäßig durch den Haftrichter angeordnet wurden, bleiben nun den Anstalten überlassen. Die Anstalt entscheidet, wie viel Besuch der Gefangene wann empfangen kann, wie oft telefoniert werden kann und ob dies aus Gründen der Wahrung der Ordnung in der Anstalt überwacht oder sonst reglementiert werden muss. Welche Beschränkungen im Einzelnen zulässig sind, regelt das UVollzG NRW, insbesondere im Abschnitt 5.

## Sonst noch neu

Der neue § 116 b normiert die Reihenfolge der Vollstreckung unterschiedlicher Haftbefehle, wie z. B. nach der StPO und nach dem Aufenthaltsgesetz. Bisher war eine Vollstreckungsreihenfolge nicht vorgesehen. Nun ist festgelegt, dass die UHaft-Vollstreckung der Vollstreckung von Auslieferungs- und Zurückweisungshaft vorgeht und andere freiheitsentziehende Maßnahmen der UHaft vorgehen, wenn nicht das Gericht eine abweichende Entscheidung trifft. Mit der Festlegung der Reihenfolge wird der bei der UHaft geltenden Unschuldsvermutung besser Rechnung getragen.

Die neu geschaffenen §§ 114 d und 114 e präzisieren die Rechtsgrundlagen für den

Informationsaustausch zwischen Gericht, StA und Vollzugsanstalten.

In § 119 V und § 119 a sind neue Rechtsschutzmöglichkeiten gegen behördliche Entscheidungen oder Maßnahmen im Untersuchungshaftvollzug normiert.

Mit § 115 a wird das Zusammenwirken zwischen zuständigem Gericht, „nächstem Gericht“ und zuständiger StA im Interesse einer schnellen Entscheidung über Einwendungen des Beschuldigten verbessert.

## Zum Nachlesen

Die folgenden Aufsätze sind alle in BeckOnline eingestellt und bilden die Grundlage dieses Artikels: Michalke, NJW 2010/17 ff; Bittmann, NStZ 2010/13 ff; Dr. König, NStZ 2010/185 ff.

## Neues von unserem Rechtsstaatsadoptivkind

### Kosovo = Sierra Leone

Das wundert keinen: Die Legalisation öffentlicher Urkunden aus **Sierra Leone** (tief im Westen Afrikas) ist „derzeit ausgesetzt“. In Ermangelung geeigneter staatlicher Strukturen hatte unsere Botschaft die Urkunden durch ortsansässige Rechtsanwälte überprüfen lassen. Der Erfolg war überwältigend: Zu fast hundert Prozent waren die Urkunden „echt“, also gedruckt auf richtigem Papier, mit einem schönen (Löwen?)-Stempel versehen! Allerdings sind „Zweifel an der inhaltlichen Richtigkeit angebracht“, wie das Auswärtige Amt in seiner diplomatischen Art anmerkt. Vor Ort ist eine Überprüfung, ob z. B. der Ausweisinhaber mit der Person identisch ist, die in dem Papier beschrieben wird, „derzeit bedauerlicherweise“ nicht möglich (Erlass JM NW vom 27.07.2010 (9101 – II. 133)). Es werden vertrauenswürdige Rechtsanwälte gesucht...

Ganz anders die Lage im **Kosovo**. Unsere Korrespondentin vor Ort, Anette Milk, hatte zuletzt in RiStA 4/2009 über die widrigen Verhältnisse berichtet, mit denen sie als Staatsanwältin im Rahmen der EULEX-Mission in Prishtina konfrontiert ist. Urkunden aus dem Kosovo wurden hierzulande bisher problemlos anerkannt, waren sie doch von der kosovarischen „Civil Registration Agency“ mit einer Echtheitsbestätigung versehen. Seit Mitte Juli 2010 ist die Legalisation ausgesetzt (Erlass JM NW vom 14. 7. 2010 [9101 – II. 222]). Wie das?



Rechtsstaatsübungen

Der „Zustand des Urkundenwesens“ (was immer für ein Wesen das auch sei) in der Republik Kosovo bietet „keine hinreichende Gewähr für die Echtheit und insbesondere die inhaltliche Richtigkeit“ der bestätigten Urkunden, Unterschrift hin, Stempel (mit Adler?) her. Die „Zweifelsfälle“ häuften sich offenbar, Nachfragen bei der „Agency“ erwiesen sich als „langwierig“, bzw. brachten „wenig fundierte“

Rückmeldungen. Man sieht, es geht voran im Kosovo. Fragt sich nur, in welche Richtung.

P.S.: In Deutschland gibt es viel zu viele Rechtsanwälte. Tut sich hier eine Marktlücke auf? Erforderlich sind lediglich Vertrauenswürdigkeit und ein wenig Mobilität. Es muss ja nicht gleich Accra oder Freetown sein...

## Sonderurlaub

# Wann gibt es eigentlich Sonderurlaub?

Begriff, Ermessensspielraum, Antrag

Sonderurlaub ist eine Form des Urlaubs, der im Regelfall unter Fortzahlung der Besoldung zur Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und zur Erfüllung staatsbürgerlicher oder anderer Pflichten und aus besonderen, in der Person des Staatsanwalts oder Richters liegenden Gründen gewährt wird.

Die Erteilung von Sonderurlaub ist in der Sonderurlaubsverordnung des Landes (SUrlV) geregelt. Diese enthält eine detaillierte kasuistische Aufzählung der Umstände, die die Gewährung von Sonderurlaub rechtfertigen. Zur Anwendung der einzelnen Vorschriften der SUrlV gibt es wiederum ministerielle Runderlasse.

### Urlaub ohne Ermessen

Bezahlter Sonderurlaub muss gewährt werden

- für die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten
- für eine Heilkur, wenn ein amtsärztliches Zeugnis besagt, dass diese zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit notwendig ist.

Unbezahlter Sonderurlaub muss erteilt werden

- für die Tätigkeit bei einer überstaatlichen oder zwischenstaatlichen Einrichtung.

### Urlaub nach Ermessen

Sonderurlaub kann gewährt werden

- für fachliche, staatspolitische, kirchliche, gewerkschaftliche oder sportliche Zwecke (für die Teilnahme an Tagungen des Richterbundes oder dem Verkehrsgerichtstag, Juristentag etc. wird regelmäßig Sonderurlaub gewährt)
- für ehrenamtliche Mitarbeit in der Jugendhilfe
- für eine Fremdsprachenaus- oder -fortbildung im Ausland, wenn diese im dienstlichen Interesse liegt.

Die Erteilung von Urlaub für diese Zwecke steht also im Ermessen des Dienstherrn.

In seinem Ermessen steht auch, ob er Sonderurlaub aus persönlichen Anlässen gewährt. Diese sind in § 11 SUrlV geregelt und dürften der praktisch wichtigste Anwendungsbereich für Sonderurlaubsanträge sein. Ausdrücklich genannte persönliche Anlässe sind Familienheimfahrten

von Trennungsgeldberechtigten. Spannender ist der Fall des Abs. 1. Danach kann Urlaub aus wichtigen persönlichen Gründen aber unter Beschränkung auf das notwendige Maß gewährt werden. Zur Anwendung dieser Vorschrift gibt es den ministeriellen Runderlass vom 7. 10. 2008 - 24 -42.01.14. Hierin werden die beiden o.g. unbestimmten Rechtsbegriffe näher ausgefüllt und vorgeschrieben, wie das Ermessen auszuüben ist.

Nach Ziffer I. des Erlasses wird Urlaub gewährt bei

- Niederkunft der Ehefrau oder der eingetragenen Lebenspartnerin – 1 Arbeitstag
- Tod der Ehefrau oder des Ehemannes, der eingetragenen Lebenspartnerin/des Partners, eines Kindes oder eines Elternteils – 2 Arbeitstage
- Schwere Erkrankung eines Kindes, wenn es jünger als 12 Jahre oder behindert und auf Hilfe angewiesen ist, ärztlicherseits die Erforderlichkeit der Anwesenheit einer Person zur Beaufsichtigung, Betreuung und Pflege bescheinigt ist und eine andere Person hierfür nicht sofort zur Verfügung steht – bis zu 4 Arbeitstage im Kalenderjahr (es kann unter bestimmten Voraussetzungen auch mehr gewährt werden). Ähnliches gilt bei Erkrankung eines nahen Angehörigen oder bei Erkrankung einer Betreuungsperson des Kindes.
- Umzug aus dienstlichem Grund – 1 Arbeitstag
- 25-, 40-, und 50jähriges Dienstjubiläum – 1 Arbeitstag.

Die Nennung der Anlässe ist abschließend. Aus anderen als den dort genannten Anlässen kann nach Ziffer II. in sonstigen dringenden Fällen Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Besoldung bis zu 3 Arbeitstagen gewährt werden. Beispiele werden an dieser Stelle nicht genannt, das Ermessen des Dienstherrn kann hier also frei ausgeübt werden.

In begründeten Fällen kann nach Ziffer III. bei Wegfall der Besoldung gemäß § 12 Abs. 1 SUrlV kurzfristige Dienstbefreiung gewährt werden. Laut des Erlasses können zu diesen Fällen auch solche Anlässe gehören, für die nach Ziffer I. kein Anspruch auf Dienstbefreiung besteht. Der

Erlass zählt hierzu ausdrücklich die Niederkunft der Lebensgefährtin. Dieses Ereignis gibt also keinen Anspruch auf bezahlten Sonderurlaub, sondern nur auf unbezahlten. Hier werden also auf ministerielle Anordnung zwei Familien ohne sachlichen Grund ungleich behandelt. Die gleichlautende Regelung für Bundesrichter war bereits Gegenstand einer BVerfG-Entscheidung, die aber unter Berufung auf die Besonderheiten der Ehe keine Ermessenfehler erkannte. Die Besonderheiten der Ehe sind aber nicht der Grund für die Gewährung von Sonderurlaub, sondern die emotionale Verbundenheit der werdenden Eltern zueinander und zum gemeinsamen Kind (Kingreen in NVwZ, 1999, 853, 855). Es ist zu fordern, dass diese Ungleichbehandlung sofort abgeschafft wird. **Der neue Justizminister hat Gelegenheit, sich dafür einzusetzen, dass die wenig menschlichen altpreußischen Vorschriften neu gestaltet werden.** Bis zu einer Neuregelung sind die Dienstherrn aufgerufen, ihr Ermessen verantwortungsbewusst dahin auszuüben, den Fall der Niederkunft der Lebensgefährtin wenigstens als dringenden Fall nach Ziffer II. einzuordnen und bezahlten Sonderurlaub zu gewähren.

**Gleichlautende Forderung ist zu stellen für den von Ziffer I. ebenfalls nicht erfassten Fall des Todes der Lebensgefährtin oder des Todes eines Schwiegerelternteils.** Auch hier ist eine enge persönliche und familiäre Verbundenheit zu bejahen, die es rechtfertigt, einen Tag bezahlten Sonderurlaub zu gewähren.

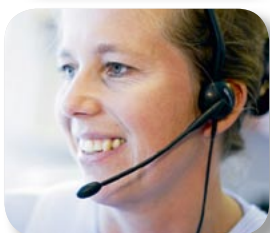
### Antrag

Die Erteilung von Sonderurlaub ist nach der Zuständigkeits-VO des JM NW der Leitung des Gerichts oder der Behörde übertragen, bei der der Staatsanwalt/Richter beschäftigt ist, d. h. im Regelfall also dem Präsidenten des Amts- bzw. Landgerichts oder dem Ltd. Oberstaatsanwalt. Die Entscheidung über die Erteilung des Sonderurlaubs ist keine beteiligungspflichtige Angelegenheit i.S. des LPVG oder des LRiG. Der Dienstherr muss vor der Entscheidung daher die Personalvertretung der Staatsanwälte oder den Richterrat nicht anhören. Im Fall der Ablehnung des Antrages ist der Verwaltungsrechtsweg eröffnet.



# Abstammungsgutachten Vaterschaftsklärung

Nur ein Schritt für Sie...



## Service

- Wir organisieren und monitoren die Probenentnahmen weltweit...

## Probensicherheit

- Individuell erzeugte Barcodes auf den Entnahmematerialien.
- Die Probenentnahme erfolgt fast schmerzfrei aus dem Ohr, der Ferse oder der Fingerbeere. Das Blut wird auf ein Spezialfilterpapier getropft.
- Asservierung der Originalblutkarte mit Unterschrift des Probanden

## Wirtschaftlichkeit

Um den verschiedenen Anforderungen und Konstellationen bei Kindschaftsfragen sowie der Qualität und Wirtschaftlichkeit gerecht zu werden, bieten wir Ihnen folgende drei Gutachtenvarianten an.

- **Basis-/ Anfechtungsgutachten** 390,- €\*  
13 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform  
Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)
- **Komplettgutachten** 558,- €\*  
15 Systeme, 1 Kategorie, Richtlinienkonform  
(Kind, Mutter, alle in Frage kommenden Männer)
- **Vollgutachten** 690,- €\*  
18 Systeme, 2 Kategorien, Richt- u. Leitlinienkonform  
Trioall (Kind, Mutter, mögl. Vater)

\*zzgl. MwSt. und Probenentnahme

## Qualität

- externe Akkreditierung der Analytik und der Abwicklung
- Richtlinienkonformität in allen Punkten (insbesondere die Qualifikation der Sachverständigen)
- Analytik aus Blut- und Wangenschleimhautzellen
- erfolgreiche Teilnahme an jährlich vier externen Überwachungen der Analysequalität



## Kontakt

- Eine persönliche Beratung oder weitere Informationen zum Institut oder zu unseren Gutachten erhalten Sie telefonisch unter 0 41 52 - 80 31 54.

...die Qualität unserer Gutachten

sichert Ihre Entscheidungsgrundlage.



**Institut für Serologie und Genetik**

**Dr. med. Detlef Kramer • Dr. rer. nat. Armin Pahl**

vereidigte Sachverständige für gerichtliche Abstammungsgutachten

Lauenburger Straße 67 • 21502 Geesthacht